

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2593

"Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln - Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2593 vom 21.06.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2840 des VF vom 11.07.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2909 vom 16.07.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 25 vom 16.07.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 08.10.2025



Antrag

der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böltl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hüting, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayer, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag

„Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass in Deutschland Unternehmerinnen und Unternehmer, Verantwortliche in vielen weiteren gesellschaftlichen Bereichen (z. B. in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wissenschaft, Forschung etc.), Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und nicht zuletzt die Beschäftigten in der Verwaltung selbst über zu viel Bürokratie klagen. Neben hohen Energiekosten wird die Bürokratie als größte Schwäche des Standortes Deutschland ausgemacht.¹ Gerade in den heutigen Zeiten schneller Veränderungen, aber auch wichtiger Umstellungsprozesse wie z. B. bei der stärkeren Nutzung der Energiewende sind aus Sicht des Landtags Dynamik, Effizienz und Geschwindigkeit von Prozessen wichtig. Insbesondere der Mittelstand bedarf Erleichterungen bei der Bürokratie. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz bieten dafür ganz neue Instrumente.

Der Landtag stellt fest, dass das Vertrauen aller gesellschaftlichen Akteure in die Handlungsfähigkeit und Effizienz staatlichen Handelns für die Stabilität des demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens, aber auch für die gesellschaftliche Solidarität von entscheidender Bedeutung ist.

Der Landtag setzt daher eine Enquete-Kommission ein. Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen an den Landtag und die Staatsregierung, um Prozesse in der öffentlichen Verwaltung sowie gesetzliche und untergesetzliche Vorgaben zu identifizieren, durch deren Verbesserung Erleichterungen erzielt und Potenziale (z. B. Kosten- und Aufwandsersparnisse für alle Beteiligten) gehoben werden können. Es geht darum, Bürokratie abzubauen, aber auch darum, künftig unnötige Bürokratie effektiv zu vermeiden. Ein besonderer Blick soll dabei auch auf die Bürgerinnen und Bürger und ihre Daseinsvorsorge gelegt werden, denn Bürgerfreundlichkeit ist eines der Grundprinzipien moderner Verwaltung. Es geht darum, allen gesellschaftlichen Akteuren das Leben leichter zu machen. Die Enquete-Kommission soll auch einen Impuls geben, Staat neu und noch mehr von den Bedürfnissen der Menschen her zu denken. Weniger Bürokratie kann auch wieder mehr und größere Gestaltungsspielräume für kommunales und staatliches Handeln eröffnen. Die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen soll sich auf Maßnahmen konzentrieren, die auf Landesebene umsetzbar sind, aber auch dort Verbesserungsvorschläge vorlegen, wo Bundes- und europäisches Recht zur Umsetzung von Erleichterungen einer Änderung bedürfen.

Die Enquete-Kommission muss dazu mit allen gesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten, um deren umfangreiche Kompetenzen und Einblicke nutzbar zu machen. Außerdem soll die Enquete-Kommission auf geeignete Weise auch Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen.

Die Enquete-Kommission soll in einem ersten Schritt dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf eines Jahres erstmals berichten. Dabei soll auch dargelegt werden, welche Maßnahmen der Staatsregierung zum Bürokratieabbau bereits eingeleitet bzw. umgesetzt wurden.

Inhalt:

1. Grundsatzfragen und Wesen von Bürokratie
2. Ursachen der Bürokratie
3. Bürokratieabbau durch schlankere Strukturen
4. Datennutzung und Potenziale neuer Technologien
5. Verantwortlichkeit und Haftung als Ursache von Bürokratie
6. Bürokratieabbau in Ausbildung und Führung

¹ 86 Prozent von rund 900 Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie gaben im Rahmen einer Umfrage des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall vom Dezember 2023 an, „stark“ oder „sehr stark“ durch Bürokratie belastet zu sein; 95 Prozent meinen, dass die Belastungen in den vergangenen fünf Jahren gestiegen seien. Das gleiche Bild zeigt eine Umfrage der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie vom Januar 2024. 83 Prozent von mehr als 400 Unternehmen im Rahmen einer Umfrage der Atradius Creditversicherung vom September 2023 nennen Bürokratie gleichermaßen wie hohe Energiepreise als Schwäche des Standorts Deutschland.

7. Bürokratieabbau bei Wohnbau- und Infrastrukturvorhaben sowie großen Investitionsvorhaben
8. Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern
9. Bürokratieabbau gegenüber Unternehmen und Selbstständigen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere auch der Landwirtschaft
10. Bürokratieabbau und Ehrenamt
11. Bürokratieabbau in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales
12. Bürokratieabbau in Bildung, Wissenschaft und Forschung
13. Bürokratieabbau bei der Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen

1. Grundsatzfragen und Wesen von Bürokratie

- 1.1. Welche Erwartungen werden an ein funktionierendes und effizientes Staatswesen im 21. Jahrhundert gestellt?
- 1.2. Welche Erwartungen werden an eine moderne Verwaltung gestellt (z. B. „Single Point of Contact“)?
- 1.3. Welchen rechtlichen Rahmen geben die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz sowie das Unionsrecht vor?
- 1.4. Was wird auch vor diesem Hintergrund unter dem Begriff Bürokratie, was unter dem Begriff Bürokratieaufwand verstanden?
- 1.5. In welchem Verhältnis stehen Staatsverständnis und Bürokratie?
- 1.6. Ist angesichts des spezifischen Staatsverständnisses in Deutschland bzw. Bayern die Quelle der Bürokratie eher bei der Legislative oder bei der Exekutive zu suchen?
- 1.7. Welche in unserem deutschen politischen System (repräsentative Demokratie, Verhältniswahlrecht, Dauer Legislaturperiode, Föderalismus etc.) angelegten strukturellen Gründe gibt es für das stetige Anwachsen von Ausmaß und Komplexität staatlicher Eingriffe bzw. Einflussnahme (durch Regulierung sowie Lenkung durch Steuern und Förderung) in die unternehmerische und bürgerliche Eigenverantwortung?
- 1.8. Gibt es „gute“ und „schlechte“ Bürokratie? Wie unterscheiden sie sich?
- 1.9. Verändern gesellschaftliche Entwicklungen den Blick auf Bürokratie und ihre Definition und wenn ja, wie? In welchem Zusammenhang stehen gestiegene gesellschaftliche, politische und rechtliche Anforderungen an den Grundrechtsschutz, den Datenschutz, die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes, die Berücksichtigung individueller Besonderheiten bei staatlichen Entscheidungen, die Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Einheitlichkeit staatlicher Entscheidungen mit dem Aufbau von Bürokratie?
- 1.10. Was sind die Quellen von Bürokratie in Deutschland und Bayern?
- 1.11. Wie stellt sich Bürokratie in Deutschland und Bayern im Verhältnis zu anderen Staaten dar?
- 1.12. Welche unterschiedlichen gesellschaftlichen Haltungen zu den Themen „Sicherheit, Eigenverantwortlichkeit, Kontrolle“ spiegeln sich in den festgestellten Unterschieden hinsichtlich der Bürokratie?
- 1.13. Welche Bedeutung hat die Sprache in der Verwaltung? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Verständlichkeit und Bewertung von Bürokratie?

2. Ursachen der Bürokratie

- 2.1. Worin liegen die historischen Ursprünge von Bürokratie?
- 2.2. Welche Auswirkungen in Bezug auf Effizienz, Überwachbarkeit und Vergleichbarkeit (historischer) technologischer Entwicklungen auf Bürokratie lassen sich feststellen?

- 2.3. Lassen sich Gemeinsamkeiten in der Entwicklung von Bürokratie in einzelnen Bereichen feststellen?
- 2.4. Welche Rollen spielen kulturelle Faktoren bei der Entstehung von Bürokratie?
- 2.5. Lassen sich Charakteristika bestimmen, die besonders bürokratische Strukturen und Vorschriften in verschiedenen Bereichen (nachfolgend Nrn. 6–13) auszeichnen?
- 2.6. Inwieweit trägt die Komplexität moderner Gesellschaften zur Zunahme bürokratischer Strukturen bei?
- 2.7. Welchen Einfluss haben politische Entscheidungsprozesse auf die Verstärkung von Bürokratie?

3. Bürokratieabbau durch schlankere Strukturen

- 3.1. Inwieweit können eine Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen und eine Bündelung von Verantwortlichkeiten zum Abbau von Bürokratie beitragen?
- 3.2. Welche Möglichkeiten bestehen, auch durch Aufgabenabbau, -konzentration und -verlagerung auf staatlicher und kommunaler Ebene Bürokratie abzubauen?
- 3.3. Welche vorbildhaften Reformen wurden in Bayern hier bereits in der Vergangenheit umgesetzt?
- 3.4. Welche Überlegungen und Reformen anderer Staaten können als Vorbild herangezogen werden?
- 3.5. Welche Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen und/ oder zur Bündelung oder zu Verlagerung von Verantwortlichkeiten sind auf Ebene der staatlichen und der kommunalen Verwaltungen in Bayern sinnvoll?
- 3.6. Welchen Beitrag kann eine Neujustierung der Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen Europa-Bund-Bayern-Kommunen zum Bürokratieabbau leisten?
- 3.7. Welche konkreten Aufgaben sollten zwischen der europäischen, der nationalen und bayerischen Ebene dazu neu bzw. anders verteilt werden?
- 3.8. In welchen Bereichen sind Prozessvereinfachungen und Standardisierung in Bayern bereits erfolgt und welche Erfahrungen wurden hier gemacht?
- 3.9. In welchen weiteren Bereichen können Prozessvereinfachungen und Standardisierungen eine Maßnahme zum Bürokratieabbau sein?
- 3.10. Welche Berichts-, Nachweis- und Kontrollpflichten für Verwaltungseinheiten, insbesondere auch auf europäischer, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, können abgebaut, vereinheitlicht oder eingeschränkt werden?

4. Datennutzung und Potenziale neuer Technologien

- 4.1. Wie ist der Stand der Digitalisierung in der bayerischen Verwaltung?
- 4.2. Welche Potenziale liegen in einer besseren Erhebung, Vernetzung und (automatisierten) Verwendung von Daten über Behördengrenzen hinweg?
- 4.3. Welche Potenziale haben neue, insbesondere digitale Technologien zum Abbau von Bürokratie?
- 4.4. Welche vorbildhaften Projekte und Maßnahmen anderer Staaten zur Nutzung moderner Technologien gibt es?
- 4.5. Auf was ist bei der Nutzung digitaler Technologien zu achten?
- 4.6. Wie hat sich die Sicht der Gesellschaft auf die Nutzung von Daten verändert?

- 4.7. Welche Maßnahmen zur besseren Datennutzung und zum Bürokratieabbau können vor diesem Hintergrund getroffen werden, die zugleich ein angemessenes Schutzniveau gewährleisten?
- 4.8. Welche datenschutzrechtlichen Einschränkungen ergeben sich bei der Nutzung digitaler Technologien?
- 4.9. Welche Änderungsbedarfe bestehen dazu im europäischen und nationalen Datenschutzrecht und bei dessen Anwendung, um Daten besser (automatisiert) zu nutzen? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen im Landesrecht?
- 4.10. Welche Maßnahmen können zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz umgesetzt werden, um Bürokratie abzubauen?
- 4.11. Auf was ist bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu achten?
- 4.12. Welche Regelungsbedarfe ergeben sich aus den identifizierten Risiken?
- 4.13. Wie kann gerade kleineren Verwaltungseinheiten (z. B. kleinere kommunale Verwaltungen) die Nutzung moderner Technologien erleichtert werden?

5. Verantwortlichkeit und Haftung als Ursache von Bürokratie

- 5.1. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Fragen von Verantwortlichkeit, Haftung und Bürokratie?
- 5.2. Inwieweit werden gesetzlich intendierte Ermessensspielräume in der Verwaltung genutzt?
- 5.3. In welchen Bereichen und in welchem Umfang wird das Ermessen im Einzelfall durch Selbstbindung der Verwaltung (z. B. durch Verwaltungsvorschriften) beeinflusst? Mit welcher Intention werden Verwaltungsvorschriften und -anweisungen erlassen und besteht hierfür neben dem eigentlichen Normtext überhaupt ein Bedarf?
- 5.4. Welchen Einfluss hat das straf- und zivilrechtliche Haftungsrecht und seine Entwicklung auf Normsetzung und Verwaltungsentscheidungen?
- 5.5. Inwieweit führt die Schaffung neuer individueller und kollektiver Anspruchsgrundlagen in verschiedenen Rechtsgebieten zu Bürokratie?
- 5.6. Welchen Einfluss hat die Rechtsprechung auf Regelungsumfang und -tiefe sowie Entscheidungen im Einzelfall?
- 5.7. Welche Bedeutung haben nichtstaatliche Normen (z. B. DIN-Normen) für den Auf- oder Abbau von Bürokratie?
- 5.8. Wie gehen andere Staaten mit Haftungsfragen um? Welche Auswirkungen hat dies auf dortige bürokratische Hürden?
- 5.9. Welche Rückschlüsse ergeben sich daraus mit Blick auf Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers und der Exekutive?

6. Bürokratieabbau in Ausbildung und Führung

- 6.1. Wie beeinflusst das Verhalten von Führungskräften in der Verwaltung den Auf- und Abbau von Bürokratie?
- 6.2. Wie ist die Wahrnehmung von Bürokratie bei den Beschäftigten in der Verwaltung auf den unterschiedlichen Ebenen?
- 6.3. Welche Ansätze und Angebote für Führungspersonen in der Verwaltung gibt es, die Verwaltungshandeln unbürokratischer, effizienter und zugleich gerecht gestalten und Entscheidungsfreude der Beschäftigten fördern?
- 6.4. Welche Erfahrungen aus anderen Staaten erweisen sich als hilfreich?
- 6.5. Welche Ansätze bestehen bereits, um ein Bewusstsein für Bürokratieabbau in der Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung in der Verwaltung zu verankern?

- 6.6. Wie können Bürokratieabbau und -vermeidung und gutes Führungsverhalten in der Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung von Verwaltungskräften, Verwaltungsleiterinnen und -leitern, Ministerialbeamten und -beamten sowie Richterinnen und Richtern besser vermittelt werden?

7. Bürokratieabbau bei Wohnbau- und Infrastrukturvorhaben sowie großen Investitionsvorhaben

- 7.1. Welche bürokratischen Hemmnisse können im Bereich des Wohnbaus – des privaten wie des öffentlichen – identifiziert werden?
- 7.2. Welche Gründe gibt es, dass Infrastrukturprojekte und große Investitionsvorhaben lange Planungs- und Umsetzungszeiten benötigen?
- 7.3. Welche Rolle spielen Landesplanung und Bauleitplanung sowie andere Vorgaben wie Denkmalschutz, Immissionsschutz, Naturschutz, Brandschutz etc.?
- 7.4. Welche Auswirkungen haben die bestehenden Regelungen zu Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutzmöglichkeiten, insbesondere die des kollektiven Rechtsschutzes, auf die Verfahrenskomplexität und -dauer?
- 7.5. Welche zentralen Zielkonflikte (z. B. Natur-, Arten- und Klimaschutz) sind bei Infrastruktur- und großen Investitionsvorhaben aufzulösen?
- 7.6. Wie können diese Zielkonflikte schneller und besser im konkreten Fall beantwortet und gelöst werden? Wie können Verfahren gestrafft und beschleunigt werden?
- 7.7. Welche positiven und negativen Erfahrungen aus anderen Staaten können dabei herangezogen werden?
- 7.8. Welche gesetzgeberischen Möglichkeiten bestehen, insbesondere im Landesrecht?
- 7.9. Welche weiteren Maßnahmen zum Bürokratieabbau sind möglich?

8. Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern

- 8.1. In welchen Bereichen, insbesondere mit Blick auf Bereiche der Daseinsvorsorge, beklagen Bürgerinnen und Bürger besonders starke bürokratische Hemmnisse?
- 8.2. Welche Bedeutung hat die verwendete Sprache?
- 8.3. Welche vorbildhaften Erfahrungen und Beispiele aus Bayern und anderen Staaten können herangezogen werden?
- 8.4. Welche Maßnahmen können zur Verbesserung in diesen Bereichen beitragen?
- 8.5. Welche Maßnahmen der Digitalisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz können in diesen Bereichen helfen (Konkretisierung zu Fragen 4.7. und 4.10.)?

9. Bürokratieabbau gegenüber Unternehmen und Selbstständigen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere auch der Landwirtschaft

- 9.1. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, bürokratischen Aufwand bei Unternehmen und Selbstständigen im Steuer- und Abgabenrecht abzubauen?
- 9.2. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, bürokratischen Aufwand bei Unternehmen und Selbstständigen bei der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und/oder Subunternehmern abzubauen?
- 9.3. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, bürokratischen Aufwand bei Unternehmen und Selbstständigen bei der Einholung von Erlaubnissen und

Gestaltungen abzubauen (z. B. „One Stop Shop“, „Single Point of Contact“)?

- 9.4. Welche vorbildhaften Projekte und Maßnahmen anderer Staaten gibt es?
- 9.5. Welche Potenziale für Bürokratieabbau bieten sich bei öffentlichen Ausschreibungen? Welche Rechtsänderungen im nationalen und europäischen Recht wären dazu notwendig?
- 9.6. Welche Berichts-, Statistik- und Nachweispflichten bestehen für Unternehmen und Selbstständige und wie können diese im Sinne einer Vereinfachung abgebaut bzw. verbessert werden?
- 9.7. Welche Maßnahmen können in weiteren Bereichen zum Bürokratieabbau beitragen?
- 9.8. Welche spezifischen Handlungsbedarfe ergeben sich im Bereich der Landwirtschaft und ihrem Ernährungssicherungsauftrag für die Bevölkerung?

10. Bürokratieabbau und Ehrenamt

- 10.1. Welche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit in Bayern, auf staatlicher und kommunaler Ebene, umgesetzt, um das Ehrenamt bei bürokratischen Anforderungen zu entlasten?
- 10.2. Welche weiteren, konkreten Maßnahmen können umgesetzt werden?
- 10.3. Welche Maßnahmen sind denkbar, um Bürokratie im Ehrenamt durch Haltungserleichterungen abzubauen?

11. Bürokratieabbau in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales

- 11.1. Welche besonderen Anforderungen ergeben sich in den einzelnen Bereichen aus der Situation der jeweils betroffenen Personen (z. B. Schutzbedürftigkeit) und wie wirken sich diese Anforderungen auf Verwaltungsprozesse aus?
- 11.2. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Bürokratie, Vertrauen, Kontrolle von Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung sowie öffentlicher Wahrnehmung in den einzelnen Bereichen?
- 11.3. Welche Auswirkungen haben behördliche und gerichtliche Entscheidungen auf die Entwicklung und den Umfang bürokratischer Prozesse? Welche Rolle kommt der Selbstverwaltung zu?
- 11.4. Welche Rolle spielt die Aufgaben- und Kompetenzverteilung – etwa zwischen den Ebenen der öffentlichen Verwaltung oder auch zwischen Verwaltungen, Selbstverwaltung und Sozialversicherungen?
- 11.5. Welche Auswirkungen haben bürokratische Anforderungen auf die tägliche Arbeit im Gesundheitswesen, in der Pflege und in anderen sozialen Bereichen (z. B. Jugendhilfe, Behindertenhilfe, bei der Gewährung von Bürgergeld und Sozialhilfe etc.)?
- 11.6. Welche monetären Auswirkungen haben bürokratische Anforderungen auf die sozialen Systeme in Bayern und Deutschland?
- 11.7. Welche vorbildhaften Erfahrungen, Reformen und Reformprojekte aus Bayern, anderen Bundesländern und anderen Staaten gibt es?
- 11.8. Mit welchen Maßnahmen können Spielräume für passgenaue Entscheidungen im Einzelfall gestärkt werden?
- 11.9. Inwieweit und wie können durch Änderung von Aufgaben- und Kompetenzzuteilungen oder durch Maßnahmen für ein besseres Zusammenspiel der Akteure übermäßige bürokratische Anforderungen gesenkt und bürokratische Prozesse vereinfacht werden?

- 11.10. Inwieweit und wie können Berichts- und Dokumentationspflichten unter Beibehaltung von angemessenen Qualitätsstandards angepasst oder zumindest digitalisiert werden, um mehr Zeit dem Menschen widmen zu können?
- 11.11. Inwieweit und wie können der Zugang für betroffene Bürgerinnen und Bürger zu sächlichen und finanziellen sozialstaatlichen Leistungen einerseits und die Finanzbeziehungen der Leistungserbringer zu den Kostenträgern andererseits unbürokratischer gestaltet werden?
- 11.12. Inwieweit und wie können übermäßige bürokratische Anforderungen für Menschen gesenkt werden, die in Ausbildungen und Berufe in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales einsteigen wollen?
- 11.13. Inwieweit und wie können Prozesse für Genehmigungen und Gestattungen für Leistungserbringer in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales bei fortbestehender Sicherung von Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungen vereinfacht werden?
- 11.14. Welche Potenziale können mit Digitalisierung und besserer Datennutzung, aber auch mit Robotik und Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen, in der Pflege und in den sozialen Bereichen (z. B. Jugendhilfe, Behinderthilfe, Obdachlosenhilfe etc.) gehoben werden?

12. Bürokratieabbau in Bildung, Wissenschaft und Forschung

- 12.1. Wie stellt sich die Situation mit Blick auf die bürokratischen Anforderungen im Bereich der Schulen in Bayern dar?
- 12.2. Welche bürokratischen Hürden gibt es im Bereich der dualen Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung?
- 12.3. Welche Bedeutung bzw. Hemmnis hat Bürokratie in Wissenschaft und Forschung in Deutschland?
- 12.4. Wie ist die Bürokratie in Wissenschaft und Forschung im internationalen Vergleich bzw. welche Hindernisse im internationalen Wettbewerb entstehen durch sie?
- 12.5. Welche vorbildhaften Reformen wurden in Bayern bereits umgesetzt?
- 12.6. Welche vorbildhaften Gestaltungen anderer Staaten gibt es?
- 12.7. Welche weiteren, konkreten Maßnahmen können zum Abbau von Bürokratie im Schulbereich (insb. zum Abbau sog. Alltagsbürokratie), im Bereich der dualen Ausbildung und im Bereich der Fort- und Weiterbildung beitragen?
- 12.8. Welche weiteren, konkreten Maßnahmen können zum Abbau von Bürokratie im Hochschulbereich beitragen?
- 12.9. Welche konkreten Maßnahmen können im Bereich der außeruniversitären Forschung Bürokratie abbauen und Erleichterungen schaffen?
- 12.10. Wie kann der Einsatz moderner Technologien, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, bei der Planung, Organisation und Zusammenarbeit (z. B. digitaler Unterrichtsassistent) zu einem Bürokratieabbau beitragen?

13. Bürokratieabbau bei der Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen

- 13.1. Wodurch entstehen bürokratische Erfordernisse bei der Gewährung öffentlicher Förderungen, jeweils betrachtet für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Unternehmen und Selbstständige sowie die (kommunale) Verwaltung?
- 13.2. Welche bürokratischen Erfordernisse entstehen durch Vorgaben der Rechnungshöfe? Wie gelingt es, hier Bürokratie abzubauen und zu vermeiden, ohne die ordnungsgemäße Verwendung der öffentlichen Mittel und die Unabhängigkeit der Prüfungen durch die Rechnungshöfe zu gefährden?
- 13.3. Welche positiven Beispiele für Erleichterungen gibt es?

- 13.4. Welche Maßnahmen können bei der Gestaltung und Ausreichung von Förderungen umgesetzt werden, um solche Erfordernisse abzubauen, ohne die ordnungsgemäße Verwendung der öffentlichen Mittel zu gefährden?
- 13.5. Welche Möglichkeiten gibt es, Dokumentations- und Rechenschaftspflichten zu vereinfachen?
- 13.6. Welche alternativen, weniger bürokratischen Gestaltungen für gezielte Anreize können verstärkt genutzt werden?
- 13.7. Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich für den Landtag und die Staatsregierung?
- 13.8. Welche Anpassungen sind auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich?



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 19/2593**

**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln - Das Leben
leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass sich die Enquete-Kommission wie folgt zusammensetzt:

„14. Festlegung von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission

14.1 Die Enquete-Kommission besteht aus neun Abgeordneten und sieben weiteren Mitgliedern, insgesamt also aus 16 Mitgliedern.

Als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder werden bestellt:

a) Mitglieder des Landtags

CSU

<u>Mitglieder:</u>	<u>Stellvertreterin / Stellvertreter:</u>
Steffen Vogel	Tanja Schorer-Dremel
Dr. Alexander Dietrich	Manuel Knoll
Sebastian Friesinger	Martin Stock
Peter Tomaschko	Kristan von Waldenfels

FREIE WÄHLER

<u>Mitglieder:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Stefan Frühbeißer	Felix Locke
Markus Saller	Martin Scharf

AfD

<u>Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Franz Bergmüller	Markus Striedl

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Mitglied: Johannes Becher Stellvertreterin: Julia Post

SPD

Mitglied: Katja Weitzel Stellvertreterin: Christiane Feichtmeier

b) Weitere Mitglieder

Dr. Hubert Faltermeier
Dr. Ernst Böhm
N. N.
N. N.
N. N.
N. N.
N. N.

14.2 Zum Vorsitzenden wird der Abgeordnete Steffen Vogel, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete Markus Saller bestellt.“

Berichterstatterin: **Petra Guttenberger**
Mitberichterstatterin: **Gülseren Demirel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 11. Juli 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 AfD: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
Zustimmung mit der in I. enthaltenen Ergänzung zur Zusammensetzung der Enquete-Kommission empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böltl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hüting, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblauch, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayer, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/2593, 19/2840

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag

„Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“

Der Landtag stellt fest, dass in Deutschland Unternehmerinnen und Unternehmer, Verantwortliche in vielen weiteren gesellschaftlichen Bereichen (z. B. in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wissenschaft, Forschung etc.), Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und nicht zuletzt die Beschäftigten in der Verwaltung selbst über zu viel Bürokratie klagen. Neben hohen Energiekosten wird die Bürokratie als größte Schwäche des Standortes Deutschland ausgemacht.¹ Gerade in den heutigen Zeiten schneller Veränderungen, aber auch wichtiger Umstellungsprozesse wie z. B. bei der stärkeren Nutzung der Energiewende sind aus Sicht des Landtags Dynamik, Effizienz und Geschwindigkeit von Prozessen wichtig. Insbesondere der Mittelstand bedarf Erleichterungen bei der Bürokratie. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz bieten dafür ganz neue Instrumente.

Der Landtag stellt fest, dass das Vertrauen aller gesellschaftlichen Akteure in die Handlungsfähigkeit und Effizienz staatlichen Handelns für die Stabilität des demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens, aber auch für die gesellschaftliche Solidarität von entscheidender Bedeutung ist.

Der Landtag setzt daher eine Enquete-Kommission ein. Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen an den Landtag und die Staatsregierung, um Prozesse in der öffentlichen Verwaltung sowie gesetzliche und untergesetzliche Vorgaben zu identifizieren, durch deren Verbesserung Erleichterungen erzielt und Potenziale (z. B. Kosten- und Aufwandsersparnisse für alle Beteiligten) gehoben werden können. Es geht darum, Bürokratie abzubauen, aber auch darum, künftig unnötige Bürokratie effektiv zu vermeiden. Ein besonderer Blick soll dabei auch auf die Bürgerinnen und Bürger und ihre Daseinsvorsorge gelegt werden, denn Bürgerfreundlichkeit ist eines der Grundprinzipien moderner Verwaltung. Es geht darum, allen gesellschaftlichen Akteuren das Leben leichter zu machen. Die Enquete-Kommission soll auch einen Impuls geben, Staat neu und noch mehr von den Bedürfnissen der Menschen her zu denken. Weniger Bürokratie kann auch wieder mehr und größere Gestaltungsspielräume für kommunales und staatliches Handeln eröffnen. Die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen soll sich auf Maßnahmen konzentrieren, die auf Landesebene umsetzbar sind, aber auch dort Verbesserungsvorschläge vorlegen, wo Bundes- und europäisches Recht zur Umsetzung von Erleichterungen einer Änderung bedürfen.

Die Enquete-Kommission muss dazu mit allen gesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten, um deren umfangreiche Kompetenzen und Einblicke nutzbar zu machen. Außerdem soll die Enquete-Kommission auf geeignete Weise auch Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen.

Die Enquete-Kommission soll in einem ersten Schritt dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf eines Jahres erstmals berichten. Dabei soll auch dargelegt werden, welche Maßnahmen der Staatsregierung zum Bürokratieabbau bereits eingeleitet bzw. umgesetzt wurden.

¹ 86 Prozent von rund 900 Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie gaben im Rahmen einer Umfrage des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall vom Dezember 2023 an, „stark“ oder „sehr stark“ durch Bürokratie belastet zu sein; 95 Prozent meinen, dass die Belastungen in den vergangenen fünf Jahren gestiegen seien. Das gleiche Bild zeigt eine Umfrage der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie vom Januar 2024. 83 Prozent von mehr als 400 Unternehmen im Rahmen einer Umfrage der Atradius Creditversicherung vom September 2023 nennen Bürokratie gleichermaßen wie hohe Energiepreise als Schwäche des Standorts Deutschland.

Inhalt:

1. Grundsatzfragen und Wesen von Bürokratie
2. Ursachen der Bürokratie
3. Bürokratieabbau durch schlankere Strukturen
4. Datennutzung und Potenziale neuer Technologien
5. Verantwortlichkeit und Haftung als Ursache von Bürokratie
6. Bürokratieabbau in Ausbildung und Führung
7. Bürokratieabbau bei Wohnbau- und Infrastrukturvorhaben sowie großen Investitionsvorhaben
8. Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern
9. Bürokratieabbau gegenüber Unternehmen und Selbstständigen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere auch der Landwirtschaft
10. Bürokratieabbau und Ehrenamt
11. Bürokratieabbau in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales
12. Bürokratieabbau in Bildung, Wissenschaft und Forschung
13. Bürokratieabbau bei der Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen

1. Grundsatzfragen und Wesen von Bürokratie

- 1.1. Welche Erwartungen werden an ein funktionierendes und effizientes Staatswesen im 21. Jahrhundert gestellt?
- 1.2. Welche Erwartungen werden an eine moderne Verwaltung gestellt (z. B. „Single Point of Contact“)?
- 1.3. Welchen rechtlichen Rahmen geben die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz sowie das Unionsrecht vor?
- 1.4. Was wird auch vor diesem Hintergrund unter dem Begriff Bürokratie, was unter dem Begriff Bürokratieaufwand verstanden?
- 1.5. In welchem Verhältnis stehen Staatsverständnis und Bürokratie?
- 1.6. Ist angesichts des spezifischen Staatsverständnisses in Deutschland bzw. Bayern die Quelle der Bürokratie eher bei der Legislative oder bei der Exekutive zu suchen?
- 1.7. Welche in unserem deutschen politischen System (repräsentative Demokratie, Verhältniswahlrecht, Dauer Legislaturperiode, Föderalismus etc.) angelegten strukturellen Gründe gibt es für das stetige Anwachsen von Ausmaß und Komplexität staatlicher Eingriffe bzw. Einflussnahme (durch Regulierung sowie Lenkung durch Steuern und Förderung) in die unternehmerische und bürgerliche Eigenverantwortung?
- 1.8. Gibt es „gute“ und „schlechte“ Bürokratie? Wie unterscheiden sie sich?
- 1.9. Verändern gesellschaftliche Entwicklungen den Blick auf Bürokratie und ihre Definition und wenn ja, wie? In welchem Zusammenhang stehen gestiegene gesellschaftliche, politische und rechtliche Anforderungen an den Grundrechtsschutz, den Datenschutz, die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes, die Berücksichtigung individueller Besonderheiten bei staatlichen Entscheidungen, die Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Einheitlichkeit staatlicher Entscheidungen mit dem Aufbau von Bürokratie?
- 1.10. Was sind die Quellen von Bürokratie in Deutschland und Bayern?
- 1.11. Wie stellt sich Bürokratie in Deutschland und Bayern im Verhältnis zu anderen Staaten dar?
- 1.12. Welche unterschiedlichen gesellschaftlichen Haltungen zu den Themen „Sicherheit, Eigenverantwortlichkeit, Kontrolle“ spiegeln sich in den festgestellten Unterschieden hinsichtlich der Bürokratie?

- 1.13. Welche Bedeutung hat die Sprache in der Verwaltung? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Verständlichkeit und Bewertung von Bürokratie?

2. Ursachen der Bürokratie

- 2.1. Worin liegen die historischen Ursprünge von Bürokratie?
- 2.2. Welche Auswirkungen in Bezug auf Effizienz, Überwachbarkeit und Vergleichbarkeit (historischer) technologischer Entwicklungen auf Bürokratie lassen sich feststellen?
- 2.3. Lassen sich Gemeinsamkeiten in der Entwicklung von Bürokratie in einzelnen Bereichen feststellen?
- 2.4. Welche Rollen spielen kulturelle Faktoren bei der Entstehung von Bürokratie?
- 2.5. Lassen sich Charakteristika bestimmen, die besonders bürokratische Strukturen und Vorschriften in verschiedenen Bereichen (nachfolgend Nrn. 6–13) auszeichnen?
- 2.6. Inwieweit trägt die Komplexität moderner Gesellschaften zur Zunahme bürokratischer Strukturen bei?
- 2.7. Welchen Einfluss haben politische Entscheidungsprozesse auf die Verstärkung von Bürokratie?

3. Bürokratieabbau durch schlankere Strukturen

- 3.1. Inwieweit können eine Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen und eine Bündelung von Verantwortlichkeiten zum Abbau von Bürokratie beitragen?
- 3.2. Welche Möglichkeiten bestehen, auch durch Aufgabenabbau, -konzentration und -verlagerung auf staatlicher und kommunaler Ebene Bürokratie abzubauen?
- 3.3. Welche vorbildhaften Reformen wurden in Bayern hier bereits in der Vergangenheit umgesetzt?
- 3.4. Welche Überlegungen und Reformen anderer Staaten können als Vorbild herangezogen werden?
- 3.5. Welche Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen und/oder zur Bündelung oder zu Verlagerung von Verantwortlichkeiten sind auf Ebene der staatlichen und der kommunalen Verwaltungen in Bayern sinnvoll?
- 3.6. Welchen Beitrag kann eine Neujustierung der Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen Europa-Bund-Bayern-Kommunen zum Bürokratieabbau leisten?
- 3.7. Welche konkreten Aufgaben sollten zwischen der europäischen, der nationalen und bayerischen Ebene dazu neu bzw. anders verteilt werden?
- 3.8. In welchen Bereichen sind Prozessvereinfachungen und Standardisierung in Bayern bereits erfolgt und welche Erfahrungen wurden hier gemacht?
- 3.9. In welchen weiteren Bereichen können Prozessvereinfachungen und Standardisierungen eine Maßnahme zum Bürokratieabbau sein?
- 3.10. Welche Berichts-, Nachweis- und Kontrollpflichten für Verwaltungseinheiten, insbesondere auch auf europäischer, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, können abgebaut, vereinheitlicht oder eingeschränkt werden?

4. Datennutzung und Potenziale neuer Technologien

- 4.1. Wie ist der Stand der Digitalisierung in der bayerischen Verwaltung?
- 4.2. Welche Potenziale liegen in einer besseren Erhebung, Vernetzung und (automatisierten) Verwendung von Daten über Behördengrenzen hinweg?

- 4.3. Welche Potenziale haben neue, insbesondere digitale Technologien zum Abbau von Bürokratie?
- 4.4. Welche vorbildhaften Projekte und Maßnahmen anderer Staaten zur Nutzung moderner Technologien gibt es?
- 4.5. Auf was ist bei der Nutzung digitaler Technologien zu achten?
- 4.6. Wie hat sich die Sicht der Gesellschaft auf die Nutzung von Daten verändert?
- 4.7. Welche Maßnahmen zur besseren Datennutzung und zum Bürokratieabbau können vor diesem Hintergrund getroffen werden, die zugleich ein angemessenes Schutzniveau gewährleisten?
- 4.8. Welche datenschutzrechtlichen Einschränkungen ergeben sich bei der Nutzung digitaler Technologien?
- 4.9. Welche Änderungsbedarfe bestehen dazu im europäischen und nationalen Datenschutzrecht und bei dessen Anwendung, um Daten besser (automatisiert) zu nutzen? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen im Landesrecht?
- 4.10. Welche Maßnahmen können zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz umgesetzt werden, um Bürokratie abzubauen?
- 4.11. Auf was ist bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu achten?
- 4.12. Welche Regelungsbedarfe ergeben sich aus den identifizierten Risiken?
- 4.13. Wie kann gerade kleineren Verwaltungseinheiten (z. B. kleinere kommunale Verwaltungen) die Nutzung moderner Technologien erleichtert werden?

5. Verantwortlichkeit und Haftung als Ursache von Bürokratie

- 5.1. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Fragen von Verantwortlichkeit, Haftung und Bürokratie?
- 5.2. Inwieweit werden gesetzlich intendierte Ermessensspielräume in der Verwaltung genutzt?
- 5.3. In welchen Bereichen und in welchem Umfang wird das Ermessen im Einzelfall durch Selbstbindung der Verwaltung (z. B. durch Verwaltungsvorschriften) beeinflusst? Mit welcher Intention werden Verwaltungsvorschriften und -anweisungen erlassen und besteht hierfür neben dem eigentlichen Normtext überhaupt ein Bedarf?
- 5.4. Welchen Einfluss hat das straf- und zivilrechtliche Haftungsrecht und seine Entwicklung auf Normsetzung und Verwaltungsentscheidungen?
- 5.5. Inwieweit führt die Schaffung neuer individueller und kollektiver Anspruchsgrundlagen in verschiedenen Rechtsgebieten zu Bürokratie?
- 5.6. Welchen Einfluss hat die Rechtsprechung auf Regelungsumfang und -tiefe sowie Entscheidungen im Einzelfall?
- 5.7. Welche Bedeutung haben nichtstaatliche Normen (z. B. DIN-Normen) für den Auf- oder Abbau von Bürokratie?
- 5.8. Wie gehen andere Staaten mit Haftungsfragen um? Welche Auswirkungen hat dies auf dortige bürokratische Hürden?
- 5.9. Welche Rückschlüsse ergeben sich daraus mit Blick auf Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers und der Exekutive?

6. Bürokratieabbau in Ausbildung und Führung

- 6.1. Wie beeinflusst das Verhalten von Führungskräften in der Verwaltung den Auf- und Abbau von Bürokratie?
- 6.2. Wie ist die Wahrnehmung von Bürokratie bei den Beschäftigten in der Verwaltung auf den unterschiedlichen Ebenen?

- 6.3. Welche Ansätze und Angebote für Führungspersonen in der Verwaltung gibt es, die Verwaltungshandeln unbürokratischer, effizienter und zugleich gerecht gestalten und Entscheidungsfreude der Beschäftigten fördern?
 - 6.4. Welche Erfahrungen aus anderen Staaten erweisen sich als hilfreich?
 - 6.5. Welche Ansätze bestehen bereits, um ein Bewusstsein für Bürokratieabbau in der Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung in der Verwaltung zu verankern?
 - 6.6. Wie können Bürokratieabbau und -vermeidung und gutes Führungsverhalten in der Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung von Verwaltungskräften, Verwaltungsleiterinnen und -leitern, Ministerialbeamtinnen und -beamten sowie Richterinnen und Richtern besser vermittelt werden?
- 7. Bürokratieabbau bei Wohnbau- und Infrastrukturvorhaben sowie großen Investitionsvorhaben**
- 7.1. Welche bürokratischen Hemmnisse können im Bereich des Wohnbaus – des privaten wie des öffentlichen – identifiziert werden?
 - 7.2. Welche Gründe gibt es, dass Infrastrukturprojekte und große Investitionsvorhaben lange Planungs- und Umsetzungszeiten benötigen?
 - 7.3. Welche Rolle spielen Landesplanung und Bauleitplanung sowie andere Vorgaben wie Denkmalschutz, Immissionsschutz, Naturschutz, Brandschutz etc.?
 - 7.4. Welche Auswirkungen haben die bestehenden Regelungen zu Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutzmöglichkeiten, insbesondere die des kollektiven Rechtsschutzes, auf die Verfahrenskomplexität und -dauer?
 - 7.5. Welche zentralen Zielkonflikte (z. B. Natur-, Arten- und Klimaschutz) sind bei Infrastruktur- und großen Investitionsvorhaben aufzulösen?
 - 7.6. Wie können diese Zielkonflikte schneller und besser im konkreten Fall beantwortet und gelöst werden? Wie können Verfahren gestrafft und beschleunigt werden?
 - 7.7. Welche positiven und negativen Erfahrungen aus anderen Staaten können dabei herangezogen werden?
 - 7.8. Welche gesetzgeberischen Möglichkeiten bestehen, insbesondere im Landesrecht?
 - 7.9. Welche weiteren Maßnahmen zum Bürokratieabbau sind möglich?
- 8. Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern**
- 8.1. In welchen Bereichen, insbesondere mit Blick auf Bereiche der Daseinsvorsorge, beklagen Bürgerinnen und Bürger besonders starke bürokratische Hemmnisse?
 - 8.2. Welche Bedeutung hat die verwendete Sprache?
 - 8.3. Welche vorbildhaften Erfahrungen und Beispiele aus Bayern und anderen Staaten können herangezogen werden?
 - 8.4. Welche Maßnahmen können zur Verbesserung in diesen Bereichen beitragen?
 - 8.5. Welche Maßnahmen der Digitalisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz können in diesen Bereichen helfen (Konkretisierung zu Fragen 4.7. und 4.10.)?

9. Bürokratieabbau gegenüber Unternehmen und Selbstständigen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere auch der Landwirtschaft

- 9.1. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, bürokratischen Aufwand bei Unternehmen und Selbstständigen im Steuer- und Abgabenrecht abzubauen?
- 9.2. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, bürokratischen Aufwand bei Unternehmen und Selbstständigen bei der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und/oder Subunternehmern abzubauen?
- 9.3. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, bürokratischen Aufwand bei Unternehmen und Selbstständigen bei der Einholung von Erlaubnissen und Gestattungen abzubauen (z. B. „One Stop Shop“, „Single Point of Contact“)?
- 9.4. Welche vorbildhaften Projekte und Maßnahmen anderer Staaten gibt es?
- 9.5. Welche Potenziale für Bürokratieabbau bieten sich bei öffentlichen Ausschreibungen? Welche Rechtsänderungen im nationalen und europäischen Recht wären dazu notwendig?
- 9.6. Welche Berichts-, Statistik- und Nachweispflichten bestehen für Unternehmen und Selbstständige und wie können diese im Sinne einer Vereinfachung abgebaut bzw. verbessert werden?
- 9.7. Welche Maßnahmen können in weiteren Bereichen zum Bürokratieabbau beitragen?
- 9.8. Welche spezifischen Handlungsbedarfe ergeben sich im Bereich der Landwirtschaft und ihrem Ernährungssicherungsauftrag für die Bevölkerung?

10. Bürokratieabbau und Ehrenamt

- 10.1. Welche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit in Bayern, auf staatlicher und kommunaler Ebene, umgesetzt, um das Ehrenamt bei bürokratischen Anforderungen zu entlasten?
- 10.2. Welche weiteren, konkreten Maßnahmen können umgesetzt werden?
- 10.3. Welche Maßnahmen sind denkbar, um Bürokratie im Ehrenamt durch Haftungserleichterungen abzubauen?

11. Bürokratieabbau in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales

- 11.1. Welche besonderen Anforderungen ergeben sich in den einzelnen Bereichen aus der Situation der jeweils betroffenen Personen (z. B. Schutzbedürftigkeit) und wie wirken sich diese Anforderungen auf Verwaltungsprozesse aus?
- 11.2. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Bürokratie, Vertrauen, Kontrolle von Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung sowie öffentlicher Wahrnehmung in den einzelnen Bereichen?
- 11.3. Welche Auswirkungen haben behördliche und gerichtliche Entscheidungen auf die Entwicklung und den Umfang bürokratischer Prozesse? Welche Rolle kommt der Selbstverwaltung zu?
- 11.4. Welche Rolle spielt die Aufgaben- und Kompetenzverteilung – etwa zwischen den Ebenen der öffentlichen Verwaltung oder auch zwischen Verwaltungen, Selbstverwaltung und Sozialversicherungen?
- 11.5. Welche Auswirkungen haben bürokratische Anforderungen auf die tägliche Arbeit im Gesundheitswesen, in der Pflege und in anderen sozialen Bereichen (z. B. Jugendhilfe, Behindertenhilfe, bei der Gewährung von Bürgergeld und Sozialhilfe etc.)?
- 11.6. Welche monetären Auswirkungen haben bürokratische Anforderungen auf die sozialen Systeme in Bayern und Deutschland?

- 11.7. Welche vorbildhaften Erfahrungen, Reformen und Reformprojekte aus Bayern, anderen Bundesländern und anderen Staaten gibt es?
- 11.8. Mit welchen Maßnahmen können Spielräume für passgenaue Entscheidungen im Einzelfall gestärkt werden?
- 11.9. Inwieweit und wie können durch Änderung von Aufgaben- und Kompetenzzuteilungen oder durch Maßnahmen für ein besseres Zusammenspiel der Akteure übermäßige bürokratische Anforderungen gesenkt und bürokratische Prozesse vereinfacht werden?
- 11.10. Inwieweit und wie können Berichts- und Dokumentationspflichten unter Beibehaltung von angemessenen Qualitätsstandards angepasst oder zumindest digitalisiert werden, um mehr Zeit dem Menschen widmen zu können?
- 11.11. Inwieweit und wie können der Zugang für betroffene Bürgerinnen und Bürger zu sächlichen und finanziellen sozialstaatlichen Leistungen einerseits und die Finanzbeziehungen der Leistungserbringer zu den Kostenträgern andererseits unbürokratischer gestaltet werden?
- 11.12. Inwieweit und wie können übermäßige bürokratische Anforderungen für Menschen gesenkt werden, die in Ausbildungen und Berufe in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales einsteigen wollen?
- 11.13. Inwieweit und wie können Prozesse für Genehmigungen und Gestattungen für Leistungserbringer in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales bei fortbestehender Sicherung von Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungen vereinfacht werden?
- 11.14. Welche Potenziale können mit Digitalisierung und verbesserter Datennutzung, aber auch mit Robotik und Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen, in der Pflege und in den sozialen Bereichen (z. B. Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Obdachlosenhilfe etc.) gehoben werden?

12. Bürokratieabbau in Bildung, Wissenschaft und Forschung

- 12.1. Wie stellt sich die Situation mit Blick auf die bürokratischen Anforderungen im Bereich der Schulen in Bayern dar?
- 12.2. Welche bürokratischen Hürden gibt es im Bereich der dualen Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung?
- 12.3. Welche Bedeutung bzw. Hemmnis hat Bürokratie in Wissenschaft und Forschung in Deutschland?
- 12.4. Wie ist die Bürokratie in Wissenschaft und Forschung im internationalen Vergleich bzw. welche Hindernisse im internationalen Wettbewerb entstehen durch sie?
- 12.5. Welche vorbildhaften Reformen wurden in Bayern bereits umgesetzt?
- 12.6. Welche vorbildhaften Gestaltungen anderer Staaten gibt es?
- 12.7. Welche weiteren, konkreten Maßnahmen können zum Abbau von Bürokratie im Schulbereich (insb. zum Abbau sog. Alltagsbürokratie), im Bereich der dualen Ausbildung und im Bereich der Fort- und Weiterbildung beitragen?
- 12.8. Welche weiteren, konkreten Maßnahmen können zum Abbau von Bürokratie im Hochschulbereich beitragen?
- 12.9. Welche konkreten Maßnahmen können im Bereich der außeruniversitären Forschung Bürokratie abbauen und Erleichterungen schaffen?
- 12.10. Wie kann der Einsatz moderner Technologien, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, bei der Planung, Organisation und Zusammenarbeit (z. B. digitaler Unterrichtsassistent) zu einem Bürokratieabbau beitragen?

13. Bürokratieabbau bei der Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen

- 13.1. Wodurch entstehen bürokratische Erfordernisse bei der Gewährung öffentlicher Förderungen, jeweils betrachtet für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Unternehmen und Selbstständige sowie die (kommunale) Verwaltung?
- 13.2. Welche bürokratischen Erfordernisse entstehen durch Vorgaben der Rechnungshöfe? Wie gelingt es, hier Bürokratie abzubauen und zu vermeiden, ohne die ordnungsgemäße Verwendung der öffentlichen Mittel und die Unabhängigkeit der Prüfungen durch die Rechnungshöfe zu gefährden?
- 13.3. Welche positiven Beispiele für Erleichterungen gibt es?
- 13.4. Welche Maßnahmen können bei der Gestaltung und Ausreichung von Förderungen umgesetzt werden, um solche Erfordernisse abzubauen, ohne die ordnungsgemäße Verwendung der öffentlichen Mittel zu gefährden?
- 13.5. Welche Möglichkeiten gibt es, Dokumentations- und Rechenschaftspflichten zu vereinfachen?
- 13.6. Welche alternativen, weniger bürokratischen Gestaltungen für gezielte Anreize können verstärkt genutzt werden?
- 13.7. Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich für den Landtag und die Staatsregierung?
- 13.8. Welche Anpassungen sind auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich?

14. Festlegung von Mitgliederzahl, Zusammensetzung und Bestellung des Vorsitzes sowie des stellvertretenden Vorsitzes der Enquete-Kommission

- 14.1. Die Enquete-Kommission besteht aus neun Abgeordneten und sieben weiteren Mitgliedern, insgesamt also aus 16 Mitgliedern. Für die neun Abgeordneten wird außerdem jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter bestellt.

Als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder werden bestellt:

a) Mitglieder des Landtags**CSU**

Mitglieder:
Steffen Vogel
Dr. Alexander Dietrich
Sebastian Friesinger
Peter Tomaschko

Stellvertreterin / Stellvertreter:
Tanja Schorer-Dremel
Manuel Knoll
Martin Stock
Kristan von Waldenfels

FREIE WÄHLER

Mitglieder:
Stefan Frühbeißer
Markus Saller

Stellvertreter:
Felix Locke
Martin Scharf

AfD

Mitglied:
Franz Bergmüller

Stellvertreter:
Markus Striedl

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNENMitglied:

Johannes Becher

Stellvertreterin:

Julia Post

SPDMitglied:

Katja Weitzel

Stellvertreterin:

Christiane Feichtmeier

b) Weitere Mitglieder

Ministerialdirektor a.D. Prof. Dr. Frank Arloth

Dr. Ernst Böhm

Staatssekretär a.D. Gerhard Eck

Dr. Hubert Faltermeier

Dr. Hanna Sammüller-Gradl

Hubert Steffl

Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger

- 14.2. Zum Vorsitzenden wird der Abgeordnete Steffen Vogel, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete Markus Saller bestellt.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Johannes Becher

Abg. Katja Weitzel

Abg. Markus Striedl

Abg. Markus Saller

Abg. Steffen Vogel

Abg. Christoph Maier

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Antrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln - Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken" (Drs. 19/2593)

und

Festlegung

der Mitgliederzahl, Zusammensetzung und Bestellung des Vorsitzenden sowie des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Klaus Holetschek. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vizepräsident, gestatten Sie mir: Ich freue mich sehr, dass Sie wieder hier sind, und wünsche Ihnen weiter gute Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön.

Klaus Holetschek (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen heute eine Enquete-Kommission zu einem Thema ein, das uns in dieser Gesellschaft immer mehr

bewegt. Wir nehmen jeden Tag wahr, dass Bürokratie und Regulierung überborden, die Menschen belasten. Das ist auch ein Hauptgrund dafür, warum die Wirtschaft inzwischen fragt, ob der Standort noch geeignet ist, hier tatsächlich zu investieren und Produktionen voranzutreiben.

Vor Kurzem hat eine Studie gezeigt, dass ein Drittel der Selbstständigen und Freiberufler darüber nachdenkt, ins Ausland abzuwandern. Als Hauptgrund dafür wurde die Bürokratie angegeben. Wenn man sich vorstellt, dass Selbstständige und Freiberufler, die die Stütze unserer Wirtschaft sind, solche Überlegungen anstellen, tun wir gut daran, jetzt Ernst zu machen, das ernst zu nehmen, jetzt etwas zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung sehr dankbar, dass wir hier vor Kurzem im Rahmen der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten das Beschleunigungs- und Modernisierungsgesetz auf den Weg gebracht haben. Wir haben Dinge nicht nur angesprochen, sondern die ersten Ministerratsvorlagen sind da; die ersten Dinge werden umgesetzt. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Signale, die wir brauchen. Nicht nur darüber reden, sondern tun!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Endlich, endlich!)

– Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. – Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Enquete-Kommission als begleitendes Instrument gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen hier im Haus einsetzen. Sie soll keine Kommission sein, die jahrelang vor sich hin arbeitet, sondern eine, die ständig Themen aufgreift, die umsetzt, die antreibt. Das ist es, was ich mir von dieser Enquete-Kommission wünsche: nicht nur wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Begleitung der Initiativen, die wir ständig brauchen. Es ist nicht mehr die Zeit zum Abwarten,

sondern es ist die Zeit, an allen Ecken und Enden anzupacken. Das können wir gemeinsam erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich meine das Angebot an die Kolleginnen und Kollegen sehr ernst. Wir stehen nicht nur vor dem Projekt einer Partei, sondern vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Deswegen können wir sie auch nur gemeinsam bewältigen.

Ich glaube, wir haben mit Steffen Vogel, den wir heute noch zum Vorsitzenden wählen werden, jemanden, der genau diese Identität verkörpert, der will, dass diese Enquete-Kommission nach vorne hin ausgerichtet wird. Auch die Experten, die benannt wurden, stehen dafür, dass wir gemeinsam etwas tun.

Wir haben Gerhard Eck, den ehemaligen Staatssekretär, als Experten berufen. Er hat auch als ehemaliger Bürgermeister in der Politik schon immer bewiesen, wie ernst er es mit pragmatischen Lösungen meint. So jemanden brauchen wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden mit Herrn Prof. Arloth, dem ehemaligen Amtschef des Justizministeriums, jemanden aus der Beamtenschaft berufen, der die Themen des Vollzugs und die Haftungsfragen, die da alle mit rein gehören, erkennen wird. Mit Prof. Wollenschläger berufen wir einen weiteren exzellenten Juristen, der uns auf diesem Weg begleiten wird.

Die Enquete-Kommission wird weitere Fachleute dazurufen und diese Themen immer wieder einspiegeln. Wir müssen einfacher denken. Schon die Sprache, mit der wir auf die Leute zugehen, ist ein Problem. Wir müssen von den Bürgerinnen und Bürgern her denken. Das ist unser Auftrag. Vor allem müssen wir die Dinge auch umsetzen.

Wir werden auch einmal darüber nachdenken müssen, ob wir die Verwaltungsstrukturen optimal aufgestellt haben. Ich wünsche mir als Thema, den Staat einmal neu zu denken und darauf zu schauen, ob die Struktur und das System so noch gut sind oder

ob wir dort etwas tun können. Wir brauchen Vereinfachung und müssen Vertrauen schaffen. Vertrauen reduziert Komplexität.

All das sind Themen, die in dieser Enquete-Kommission enthalten sind. Wir müssen an allen Ecken und Enden anpacken: in der Wirtschaft und in der Pflege. Wir müssen endlich einmal die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst zusammenführen und die Dinge umsetzen. Darauf warten die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie uns die Enquete-Kommission zu einer Zeitenwende nutzen. Dieses Wort ist zwar manchmal abgedroschen, aber es passt. Wir müssen dieses Land entfesseln, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Chance wiedergeben, Dinge zu tun, Unternehmer unternehmen lassen und die Weichen neu stellen, damit wir wieder auf den ersten Platz vorrücken und nicht abgehängt werden. Es ist unsere Chance, nutzen wir sie gemeinsam!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, schön, Sie wieder auf Ihrem Platz zu sehen. Schön, dass Sie wieder da sind! – Die Themen im Landtag sind ähnliche geblieben. Die Bürokratie muss weniger werden. Aber wie genau? – Es ist relativ einfach und manchmal auch bitter, das Problem zu beschreiben. Lösungen zu finden, ist komplex. Wenn es einfach wäre, dann wäre es schon gelöst. Viele Regeln werden in guter Absicht gemacht, aber die Vielzahl ist zu viel, und einiges passt auch gar nicht mehr zusammen. Wozu führt das? – Es führt dazu, dass viele Menschen in ihrer Arbeit, egal ob im Haupt- oder im Ehrenamt, sagen: Diese Bürokratie macht keinen Spaß mehr.

Es gibt Unverständnis, Frust, Wut, Resignation. Ich sage ganz klar: Wir müssen mit Bürokratiefrust Schluss machen und hin zu sinnvollen Regelungen kommen. Wir müssen mehr automatisieren und digitalisieren, und wir brauchen spürbare Vereinfachungen. Das ist die Forderung, die an uns in der Politik gestellt wird. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich alle, die Wirtschaft, der Sozialbereich, die Landwirtschaft, die Kommunen, das Ehrenamt, die Staatsverwaltung und natürlich auch die Kommunalverwaltung sowie letztlich alle Bürgerinnen und Bürger, erwarten Lösungen für die Bürokratie. Kann jetzt die Enquete-Kommission alles lösen? – Die Stärke der Enquete-Kommission könnte es zumindest sein, verschiedene Expertinnen und Experten, Menschen zusammenzubringen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Der Erfolg wird allerdings nicht an der Einsetzung, sondern an der Umsetzung gemessen.

Wir müssen vermeiden, dass es heißt: Jetzt haben wir erst einmal eine Enquete-Kommission; warten wir mal ab, was sie herausbringt. – Oder: Wir können nichts verbessern; das muss erst einmal in die Enquete-Kommission. – So nicht, werte Kolleginnen und Kollegen. Es geht nicht darum, in ein paar Jahren einen möglichst dicken Bericht vorzulegen, sondern wir brauchen eine agile Enquete-Kommission, die zügig, praxisnah, lösungsorientiert und transparent arbeitet. Wir müssen etwas für die Menschen bewirken. Das ist mein Anspruch, und das ist das Ziel der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Auswahl unserer Expertin in der Enquete-Kommission war uns wichtig, Kompetenz, Praxis und insbesondere auch das übergreifende Denken zwischen Freistaat und Kommunen zu verbinden, weil es uns nichts hilft, auf Landesebene Bürokratie vermeintlich abzubauen, wenn dann auf kommunaler Ebene die doppelte Arbeit entsteht. Das hat gar keinen Mehrwert. Daher freut es mich, dass wir mit Dr. Hanna Sam-

müller-Gradl eine Topjuristin gewinnen konnten, die mit dem Kreisverwaltungsreferat in München tagtäglich eine große Sicherheits- und Ordnungsbehörde leitet und mit der kommunalen Familie bestens vernetzt ist. Ich bin überzeugt, dass sie uns in der Enquête-Kommission mit großem Fachwissen bereichern wird.

Am Donnerstag wird konstituiert; dann geht es endlich los. Von unserer Seite ist klar, dass wir einige Themen ansprechen werden, zum Beispiel die kommunalen Förderprogramme, die teilweise mehr Aufwand verursachen, als sie Nutzen haben. Wir brauchen mehr Freiheit und mehr Geld zur freien Verwendung für die Kommunen. Das ist unsere klare Haltung.

Zum Thema Fachkräftemangel und Anerkennung von Fachkräften aus dem Ausland: Erst heute früh gab es wieder ein parlamentarisches Frühstück; in diesem Fall hat die Gastronomie gefragt, wie lange die Anerkennung dauert, und gesagt, das sei überall unterschiedlich. – Wir sind teilweise in einer Endloswarteschleife. Das kann es nicht sein. Lassen Sie uns bei der Anerkennung ausländischer Fachkräfte wirklich vorwärtskommen. Das lohnt sich, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Themen Statistik, Dokumentationspflichten und Vergabekriterien sind wichtig; hier sind Verbesserungen angekündigt. Der Teufel liegt dort wieder im Detail. Wir müssen hinschauen, um tatsächlich Verbesserungen zu erzielen, weil niemand Scheinlösungen braucht, die keinem helfen.

Ich möchte noch den Bereich der Haftung ansprechen. Ich bin dankbar, dass sich die Enquête-Kommission auf die bayerischen Themen konzentriert. Aus der Angst vor einem Risiko entstehen wahnsinnig viele Regelungen zur Absicherung. Das müssen wir uns anschauen, weil wir ansonsten wahrscheinlich nicht auf einen grünen Zweig kommen. Es gibt den Bereich des allgemeinen Lebensrisikos; vielleicht muss man das wieder einmal ausbuchstabieren.

Ich bin auch für Anregungen aus der Bevölkerung und der Verwaltung persönlich dankbar; das sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Es gibt übrigens eine "Innovationszentrale Moderne Verwaltung" beim Freistaat; während der letzten zehn Jahre gab es mehrere Tausend Verbesserungsvorschläge. Weniger als 15 % dieser Ideen wurden umgesetzt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass die Vielzahl der Vorschläge aus der Verwaltung so schlecht ist. Wir brauchen also schon die Bereitschaft, mutig an die Sache zu gehen, die Offenheit für Ideen und dafür, Visionen zu entwickeln, wie man die Dinge einfacher und pragmatischer handhaben kann.

Allerdings darf man auch nicht aus Freude an der Entbürokratisierung wesentliche Ziele aus dem Blick verlieren. Wir brauchen eine intakte Umwelt. Natürlich wollen wir eine Demokratie mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht über sie hinweg. Die Kunst wird sein, alle sinnvollen Ziele im Blick zu behalten und pragmatische und machbare Lösungen zu finden: mit Mut, mit Kreativität und mit einer hohen Motivation. So kann man Probleme anpacken. Ich freue mich auf die Arbeit. Packen wir es an! Auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident Hold. Es freut mich sehr, Sie heute in meinem Rücken zu haben. – Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ja, wir müssen reden. Es ist schon gesagt worden: Die Verwaltungen, die Kommunen, die Kliniken, Unternehmen, aber auch Vereine und Bürgerinnen und Bürger beklagen sich zu Recht über die überbordende Bürokratie in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass wir als Politik uns damit zum einen beschäftigen, zum anderen aber auch darauf reagieren. Wir müssen identifizieren, wo Bürokratieabbau möglich ist und wo er sinnvoll ist, und entsprechende Maßnahmen hierfür ablei-

ten. Wichtig ist uns dabei – das ist auch schon gesagt worden –, dass wir die gesellschaftlichen Akteure mit ihrer ganzen Kompetenz und Expertise in die Enquete-Kommission einbeziehen, ihnen zuhören, ihre Vorschläge aufnehmen und sie dann auch umsetzen.

Wir müssen aber aufpassen, dass wir uns in Anbetracht der Größe dieses Vorhabens nicht in Allgemeinplätzen verlieren. Schon allein die schiere Größe dieses Antrags und des Fragenkatalogs birgt die Gefahr, dass wir uns in Beliebigkeiten verlieren. Die Erwartung der Bevölkerung ist zu Recht, dass wir hier klare und konkrete Antworten sowie Maßnahmen finden, die auch umgesetzt werden und spürbar eine Verbesserung für alle hier in unserem Land bringen, um in der Zukunft vorwärtszukommen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Vorschlag wäre hier beispielsweise, sich auf wesentliche Punkte des Fragenkatalogs zu konzentrieren, um dann ernsthaft konkrete Lösungen zu erarbeiten, sie umzusetzen und sich eben nicht in Belanglosigkeiten zu verlieren.

Die SPD trägt die Enquete-Kommission mit und ist natürlich bereit, konstruktiv hieran mitzuarbeiten. Das zeigt auch die Auswahl unseres Experten: Wir haben Dr. Ernst Böhm berufen, einen sehr erfolgreichen und innovativen Bauunternehmer. Bauen ist eines der großen Themen. Wohnen in Deutschland und Bayern wird eine Zukunftsfrage sein, die wir beantworten müssen. Das ist einer der Punkte, wo wir gute Rahmenbedingungen setzen müssen, damit die Unternehmen im Bauwesen wieder ihrer Arbeit nachgehen können und nicht von der Bürokratie erdrückt werden.

(Beifall bei der SPD)

Genau wie mein Vorredner freue ich mich sehr auf eine konstruktive Zusammenarbeit und die Lösungen, die wir hier erarbeiten werden. Ich hoffe auch sehr, dass am Ende dieser Enquete-Kommission konkrete Lösungen stehen, die umgesetzt werden; denn

es gibt nichts Schlimmeres, als eine Kommission oder einen Arbeitskreis zu gründen, um sich zu unterhalten. Am Ende des Tages muss es auch Ergebnisse geben.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Striedl für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie fordern eine Enquête-Kommission, wie sie plakativerweise in fast jeder Legislaturperiode zu irgendeinem Thema ins Leben gerufen wird. Ich sage gleich vorne weg: Wir werden diese Kommission an sich natürlich mit inhaltlicher Arbeit unterstützen, auch wenn wir sehr skeptisch sind, ob diese den gewünschten Erfolg haben wird. Meint es die CSU damit denn ehrlich? – Ich habe da so meine Zweifel. Ist es denn nicht vielmehr ein Propagandagerüst, welches im nächsten Wahlkampf die ritterlichen Heldenataten unseres Ministerpräsidenten propagieren soll? – Apropos Ministerpräsident: Seit dem 16. Oktober 1957 stellt selbigen durchgängig die CSU. Seit 67 Jahren wird das Bürokratiemonster in Bayern gefüttert, gefüttert und nochmals gefüttert.

(Beifall bei der AfD)

Was ist denn bisher passiert? – Die CSU leistet sich einen Beauftragten für Bürokratieabbau. Dass das ein Kampf gegen Windmühlen ist, ist aber auch jedem klar. Nicht nur werden mehr Gesetze neu erlassen als abgeschafft, sondern auch Verwaltungsvorschriften mehrten sich zwischen den Jahren 2018 und 2023 um satte 11 %, was aus einer Anfrage unserer Fraktion, des Kollegen Gerd Mannes, hervorging.

Aber schauen wir doch mal, was die letzten großen Maßnahmen zum Bürokratieabbau respektive zu Erleichterungen für die Bevölkerung eigentlich gebracht haben. Schauen

wir uns doch mal die Novelle der Bauordnung 2021 an: So benötigt man für den Ausbau eines Dachgeschosses jetzt keine Baugenehmigung mehr. Das ist super. Nur wusste das vorher de facto ohnehin niemand. Wir haben in Bayern wohl Zehntausende nicht genehmigter Dachgeschossausbauten. Das ist also keine Entlastung für die Bürger, sondern einfach eine Anpassung eines Gesetzes an reale Tatsachen.

(Beifall bei der AfD)

Oder schauen wir uns mal die sogenannte Fiktionsfrist an. Die lautet, simpel erklärt: Wenn Sie einen Bauantrag stellen, ist dieser drei Monate nach Antragstellung automatisch genehmigt, wenn die Behörde keinen Widerspruch einlegt. Das gilt jetzt aber nicht für Gewerbegebäuden. Wie läuft das in den Verwaltungen im Großen und Ganzen ab? – Gewerbeanträge dauern deutlich länger, weil diese hintangestellt werden. Private Anträge werden bei kleinsten oder minimalsten Fehlern abgelehnt. Warum? – Weil die Verwaltungen es ansonsten gar nicht schaffen würden und wir in vielen Städten ein absolut wildes Baufeld hätten. Das funktioniert de facto nur ordentlich, wie vorher, bei Verzicht auf die Fiktionsfrist mit einer ordentlichen Bearbeitung. Dazu kamen dann noch diverse Sachen: das Abstandsflächen-Chaos, diverse Ausnahmen, Bevorzugung spezieller Baustoffe etc. Von einer Erleichterung für die Bürger war hier keine Rede. So was soll dann durch einen Praxis-Check, der angeblich durchgeführt wurde, gelauft sein. Ernsthaft?

Jetzt wechseln wir vielleicht einmal kurz in den sozialen Bereich, in dem behinderte Menschen teils deutlich unversorgt sind, und das nicht, weil wir in Bayern nichts anbieten. Wir bieten sehr, sehr gute Leistungen an. Viele Menschen wissen es gar nicht, weil es vor lauter Antragsflut bei sieben bis acht Stellen – hier die Fahrtkosten, da die Beihilfe für ihr Gerät, hier die allgemeine Unterstützung – nicht funktioniert. Auf der einen Seite wissen es die Leute teilweise nicht. Auf der anderen Seite haben wir auch viele Menschen, die sich beraten lassen können, die auf Staatskosten ein Maximum aus dem Sozialstaat herausziehen. So kann das in Bayern nicht weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bürokratieabbau muss aber auch wehtun, nicht dem Bürger, aber vielleicht uns ein kleines bisschen und auch den Kommunen vor Ort; denn der übergriffige Staat muss endlich wieder loslassen. Er muss den Bürgern ein freies und eigenverantwortlich geprägtes Leben ermöglichen, in das der Staat wirklich nur dann eingreift, wenn andernfalls andere einen Nachteil erleiden würden. Den Staat geht es schlicht nichts an, was und wo ich in meinem Garten anpflanze oder auch nicht, ob meine Gemeinde eine Flüchtlingsunterkunft mitten im Dorf oder außerhalb haben soll. Nicht umsonst haben schon mehrere Bürgermeister Ihrer eigenen Partei, liebe CSU, aus lauter Verzweiflung Petitionen an den Bayerischen Landtag gestellt. Und an die Adresse von Herrn Aiawanger sage ich: Den Staat geht es erst recht nichts an, ob Kommunen Windräder auf oder direkt neben ihrer Gemarkung haben möchten.

Summa summarum: Die CSU hat in den letzten Jahren deutlich zur Schau gestellt: Sie können es nicht, Sie bringen es nicht, und Sie schaffen es nicht, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Markus Striedl (AfD): – den von Ihnen selbst verursachten Bürokratiesumpf trockenzulegen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Wir haben es schon gehört: Neben hohen Energiepreisen wird die Bürokratie von Unternehmen in Deutschland und damit auch im Freistaat Bayern mittlerweile als größte Schwäche des Standorts ausgemacht. Aber auch Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und nicht zuletzt die in der Verwaltung Beschäf-

tigten selbst beklagen zu viel Bürokratie. Dabei ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und in die Effizienz staatlichen Handelns entscheidend für die Stabilität eines demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens und für die gesellschaftliche Solidarität. Die Bayerische Staatsregierung hat dieses Problem schon erkannt und im Jahr 2017 genau deswegen die Stelle eines Beauftragten für die Entbürokratisierung geschaffen. Des Weiteren wurde im Jahr 2022 der Bayerische Normenkontrollrat installiert.

Ich denke, dass es neben den Einrichtungen der Exekutive nunmehr zwingend erforderlich ist, dass sich auch das Hohe Haus selber der Brisanz und der Allgegenwärtigkeit dieses Themas widmet, indem aufgrund dieses von vier Fraktionen gestellten Antrags, den wir heute hier behandeln, eine entsprechende Enquete-Kommission eingesetzt wird. Das Motto dieser Enquete-Kommission ist ziemlich weitreichend: "Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken". Ja, meine Damen und Herren, es ist ein dickes Brett, das hier gebohrt werden soll; aber Bürokratie geschieht nicht vorsätzlich, so, wie es hier jetzt wieder vonseiten der AfD proklamiert wurde.

Das Schaffen einer Regel passiert oftmals schnell, aber immer aus einem konkreten Anlass heraus und mit guter Begründung. Beim Vollzug einer solchen Regel zeigt sich dann häufig, dass Regelungslücken entstehen oder Ausnahmetatbestände geschaffen werden müssen. Dadurch wird die ursprüngliche Regelung länger, komplexer und aufwendiger zu vollziehen. Dann steigen die Anforderungen an die Betroffenen und an die Verwaltung. Die Folge ist, dass Bürokratie zunimmt. Dieses Phänomen haben nicht nur wir, sondern das zieht sich durch sämtliche Staaten und politische Gremien. Damit sehen wir schon eine wesentliche Hürde: Natürlich ist es leichter, eine Regelung in die Welt zu setzen, als diese dann später wieder zurückzuschrauben. Das heißt also: Deregulierung ist immer schwieriger als das Schaffen einer Regelung.

Dennoch gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wo man ansetzen kann, um Deregulierung voranzubringen. So muss man sich die Frage stellen: Besteht denn für viele Themen

überhaupt die Notwendigkeit einer Regelung? – Oftmals werden Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften als Schnellschüsse erlassen, weil irgendein singuläres Ereignis aufgetreten ist. Dann ist der politische Druck hoch, und manchmal erlässt man dann schnell eine Regelung, derer es im Nachhinein gar nicht bedurft hätte. Oftmals sind hier Fragen von Verantwortlichkeit und Haftung der Auslöser für die Schaffung von mehr Bürokratie. Damit geraten dann plötzlich Personen in den Anwendungsbereich, die man eigentlich gar nicht im Sinn hatte. Ich denke hier an die vielen ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstände, die heute schon in Panik geraten, wenn sie irgendwelche Veranstaltungen organisieren müssen.

Das Thema Formvorschriften ist auch so was: Gesetze und Verordnungen sehen in vielen Fällen, aber nicht immer wirklich nachvollziehbar verschiedene Formvorschriften vor: Schriftform, Textform, digitale Signatur. Immer wieder treten im Laufe eines Antragsverfahrens plötzlich Widersprüchlichkeiten auf, oder es entsteht ein Medienbruch. Es macht keinen Sinn, wenn ein Antrag zwar online gestellt werden kann, er aber später dann noch schriftlich nachgereicht werden muss. An solche Dinge müssen wir herangehen. Ich glaube, dass auch der neue Digitalcheck hier eine besondere Bedeutung hat, weil er doch künftig im Gesetzgebungsverfahren dafür sorgt, dass gerade auf solche Dinge hingewiesen wird.

Wir können die Verfahren beschleunigen, indem wir zum Beispiel mit Genehmigungsfiktionen arbeiten: Äußert sich eine beteiligte Fachbehörde in einem bestimmten Verfahren nicht innerhalb einer bestimmten Frist, so gilt deren Einvernehmen oder Genehmigung als erteilt. Zu denken ist hier insbesondere an Bauanträge und an größere Infrastrukturmaßnahmen. Das sollen aber nur einige Beispiele sein, wie uns Deregulierung und Bürokratieabbau gelingen können.

Die Enquete-Kommission möchte diese Sache natürlich tiefergreifend angehen. Deswegen sind 13 große Themenblöcke gefasst worden. Ich bin aber mit Ihnen allen der Meinung, dass wir hier nicht drei Jahre lang irgendwelche großen Stellungnahmen verfassen sollten, sondern dass die Enquete-Kommission direkt spezifisch bei den

einzelnen Problemen, die sich aufdrängen, tätig werden und entsprechend eingreifen sollte.

Wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion laden zusammen mit unserem Koalitionspartner alle anderen Fraktionen dazu ein, gemeinsam die ambitionierten Ziele dieser Enquete-Kommission anzugehen. Wir haben als FREIE-WÄHLER-Fraktion auch einen renommierten Experten, Dr. Hubert Faltermeier, benannt. Er war lange Jahre Landrat und in der letzten Legislaturperiode Mitglied dieses Hohen Hauses und weiß viele praktischen Erfahrungen einzubringen.

Mein Kollege Stefan Frühbeißer und ich freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Packen wir es miteinander an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Steffen Vogel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): "Die Bürokratie ist es, an der wir alle kranken." – Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern von Otto von Bismarck. Das bedeutet, das Thema Bürokratieabbau und das Thema schlanker Staat sind überhaupt keine neuen Themen, sondern das Thema Bürokratieabbau und das Thema schlanker Staat haben die Staatenlenker offensichtlich schon im 19. Jahrhundert beschäftigt.

Trotzdem sind sie so aktuell, so brisant, so wichtig wie nie. Warum? – Weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Akzeptanz von Staat und letztlich auch die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie davon abhängig sind, ob es uns endlich gelingt, diese überbordende Bürokratie, diese Fesseln, diese Regulierungswut, diese von den Bürgerinnen und Bürgern gefühlte Bevormundung endlich aufzubrechen.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man, wie wir als Abgeordnete, viel unterwegs ist, was hört man dann? Fragt doch einmal einen

Handwerker, fragt einen Unternehmer, fragt einen Spediteur, fragt einen ehrenamtlichen Vorstand eines Kindergartenvereins. Fragt einen Arzt, der Patienten behandeln will, fragt eine Pflegerin, die am Bett steht und sagt, sie möchte viel mehr Pflege leisten, statt irgendwelche Dokumentationen zu führen. Selbst die Landratsämter sagen, wenn man sie fragt: Wir leiden unter dieser überbordenden Bürokratie.

Deshalb ist der Weg der Staatsregierung vollkommen richtig. Ein großes Dankeschön geht deshalb an Markus Söder, dass er das Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm mit einer starken Regierungserklärung Anfang Juni auf das Gleis gesetzt hat, dass es auch gleich vorwärtsgekommen ist, dass er es nicht als Zehn-Punkte-Programm sieht, das man mal anfängt, um etwas zu machen, sondern als Daueraufgabe. Ich bin der festen Überzeugung, Bürokratieabbau ist eine Daueraufgabe. Was man in fünfzig, sechzig Jahren angesetzt hat, kann man nicht innerhalb von ein oder zwei Jahren zurückfahren, sondern es dauert. Es wird eine Aufgabe für die gesamte Legislaturperiode sein.

Ich bin sehr dankbar, dass sich die Fraktionen dieses Hauses ziemlich einig sind und sagen: Es kann ja nicht nur Aufgabe der Staatsregierung sein, dafür zu sorgen, den Staat als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger aufzustellen, sondern wir müssen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier genauso eingebunden werden. Deshalb ist es vollkommen richtig, dass wir diese Enquete-Kommission einrichten, und deshalb ist es auch richtig, dass wir uns Gedanken machen, dass wir innovativ sind, dass wir kreativ sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch provokativ sein. Wir müssen Gewohntes infrage stellen und müssen wirklich Anregungen geben, wie wir den Staat wieder auf die Füße stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin meiner Fraktion und den Kollegen sehr dankbar, dass man mir diese Herkulesaufgabe – ich rede bewusst von Herkules und nicht von Sisyphus – übertragen hat. Ich lade wirklich alle Parteien ein mitzuarbeiten. Ich lade alle Parteien dieses Hauses

zu einem konstruktiven Dialog und einer fruchtbaren Zusammenarbeit ein. Warum? – Weil ich glaube, wir werden daran gemessen. Es muss unser gemeinsames Ziel sein. Wie wird staatliches Handeln derzeit wahrgenommen? – Blockierer, Verhinderer, Verzögerer, Kostentreiber. Wir haben doch ein gemeinsames Ziel und ein gemeinsames Interesse. Staatliche Behörden müssen helfende Hände sein, die die Bürger, diejenigen, die etwas in unserem Land bewegen wollen, unterstützen. Das muss unser gemeinsames Ziel und unser gemeinsames Interesse sein.

Deshalb lade ich euch ein, neu zu denken, Bayern neu zu denken, Bayern 2.0, vielleicht Montgelas 2.0, weil ich glaube, wir müssen wirklich groß denken. Warum? – Nur so lässt sich wirklich etwas im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger bewegen. Ich lade euch alle ein. Ich lade Sie alle ein. Ich bedanke mich für das große Vertrauen. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen.

Der Kollege Becher hat zuvor gesagt, wir müssen aktiv werden. Schneller geht es nicht. Heute setzen wir die Enquete-Kommission auf das Gleis. Bereits am Donnerstag ist die erste, die konstituierende Sitzung. Wir gehen im Sinne der Demokratie mit Vollgas an die Arbeit. Ich bleibe dabei: Wenn es uns nicht gelingt, den Staat wieder auf gesunde Füße zu stellen, dann werden wir einen dauerhaften Vertrauensverlust erleiden. Das kann nicht im Interesse aller Beteiligten sein.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Staatsregierung, Koalitionsparteien und Oppositionsparteien müssen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam an einem Strang ziehen. In diesem Sinne, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Christoph Maier von der AfD-Fraktion das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Vogel, wir befinden uns aktuell in der Aussprache über den Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission. Sie sind der designierte Vorsitzende dieser Enquete-Kommission. Laut Pressemitteilung Ihrer Fraktion sind Sie bereits seit einigen Minuten Vorsitzender dieser Enquete-Kommission, die dieses Hohe Haus noch gar nicht eingesetzt hat. Das heißt, der Bayerische Landtag hat abschließend noch nicht über die Einsetzung entschieden. Sie sind noch nicht zum Vorsitzenden bestellt worden, aber die Fraktion verkündet es bereits in ihrer Pressemitteilung. Entspricht das den Vorstellungen vom Umgang mit unserem Hohen Haus, mit der Würde des Hohen Hauses, wenn Entscheidungen hier nicht abgewartet und eigenmächtig Pressemitteilungen im Vorfeld versandt werden? Äußern Sie sich dazu.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jemand vielleicht ein Päckchen Taschentücher dabei, das man dem Kollegen Maier geben kann, um seine Tränen zu trocknen und seine Traurigkeit zu lindern?

(Widerspruch bei der AfD)

Ich habe nicht im Griff, wer wann welche Mitteilung nach außen gibt. Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass ich wohl der einzige Vorschlag bin. Wir haben festgestellt, dass nahezu alle Parteien des Hauses diese Enquete-Kommission wollen. Insofern war es vielleicht etwas unglücklich, aber was ändert es letztlich? – Hat jetzt jemand ein Päckchen Taschentücher für den Kollegen Maier, wenn er ausgeheult hat? – Ich gebe es ihm gleich, oder lieber Gerhard Hopp, gib du es ihm. Gibt es sonst noch etwas? – Nein. Deshalb nochmals vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kom-

men zur Abstimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt den Einsetzungsantrag auf Drucksache 19/2593 zur Annahme.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Nach § 32 unserer Geschäftsordnung wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt, die Mitgliederzahl auf insgesamt 16 Mitglieder, davon 9 Abgeordnete und 7 weitere Mitglieder, festzusetzen. Für die 9 Abgeordneten ist außerdem jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu benennen. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder auf die Drucksache 19/2840 und zudem auf die in Plenum Online eingestellte Mitteilung.

(Siehe Anlage 2)

Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Mitgliedern einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. So ist das einstimmig beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden sowie die stellvertretende Vorsitzende bzw. den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitz und Stellvertretung müssen jeweils verschiede-

nen Fraktionen angehören. Es wurden als Vorsitzender Herr Kollege Steffen Vogel und als dessen Stellvertreter Herr Kollege Markus Saller vorgeschlagen. Ich lasse, wie im Ältestenrat vereinbart, über beide Vorschläge gemeinsam abstimmen.

Wer mit der Bestellung von Herrn Vogel und Herrn Saller einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. So ist das einstimmig beschlossen.

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Bestellung und wünsche Ihnen und der gesamten Kommission viel Erfolg bei dieser verantwortungsvollen Tätigkeit in einem für uns alle wichtigen, uns alle betreffenden und bedeutsamen gesellschaftlichen Thema. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der nächste Tagesordnungspunkt ist ein Ortstermin, und zwar im Schloss Schleißheim. Ich habe nachgesehen, die Wettervorhersage ist halbwegs verlässlich. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommerabend und vor allem anregende Gespräche mit unseren Gästen, und diese, ganz wichtig, auch fraktionsübergreifend. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 15:49 Uhr)

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

Zu TOP 3: Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“
hier: Mitglieder der Enquete-Kommission

Von den Fraktionen wurden die folgenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die Enquete-Kommission benannt:

Mitglieder des Landtags

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CSU Steffen Vogel Dr. Alexander Dietrich Sebastian Friesinger Peter Tomaschko	Tanja Schorer-Dremel Manuel Knoll Martin Stock Kristan von Waldenfels
FREIE WÄHLER Stefan Frühbeißer Markus Saller	Felix Locke Martin Scharf
AfD Franz Bergmüller	Markus Striedl
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Johannes Becher	Julia Post
SPD Katja Weitzel	Christiane Feichtmeier

Weitere Mitglieder

Ministerialdirektor a.D. Prof. Dr. Frank Arloth
Dr. Ernst Böhm
Staatssekretär a.D. Gerhard Eck
Dr. Hubert Faltermeier

Dr. Hanna Sammüller-Gradl
Hubert Steffl
Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger

Als Vorsitzender wurden der Abgeordnete **Steffen Vogel**, als stellvertretender Vorsitzende der Abgeordnete **Markus Saller** benannt.

Landtagsamt

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Steffen Vogel

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Markus Saller

Abg. Johannes Becher

Abg. Katja Weitzel

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Zwischenbericht

der Enquete-Kommission "Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln - Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken" (Drs. 19/2909)

Im Zuge der Einsetzung der Enquete-Kommission wurde beschlossen, dass diese in einem ersten Schritt dem Landtag nach Ablauf eines Jahres über die Untersuchungsergebnisse berichten soll. Auf der Ehrentribüne begrüße ich hierzu als externe Mitglieder der Enquete-Kommission Herrn Dr. Ernst Böhm, Herrn Dr. Hubert Faltermeier und Herrn Prof. Ferdinand Wollenschläger. Seien Sie begrüßt!

(Allgemeiner Beifall)

Ich heiße Sie im Namen des gesamten Hauses herzlich willkommen und möchte Sie bitten, unseren Dank auch allen anderen Mitgliedern der Enquete-Kommission für ihre wertvolle Arbeit auszurichten.

Zur Berichterstattung erteile ich nun dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission Herrn Kollegen Steffen Vogel das Wort. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Klaus Holetschek mich letztes Jahr gefragt hat, ob ich mir vorstellen könnte, den Vorsitz der Enquete-Kommission "Bürokratieabbau" zu übernehmen, war ich etwas skeptisch und zurückhaltend. Es war alles andere als ein inneres Anliegen, diese Kommission zu leiten, weil mir bewusst war, dass es eine unglaubliche Aufgabe, eine Herkulesaufgabe ist, das Fett, das sich Bayern, wir als Staat, in 75 Jahren angefuttert hat, in den ein, zwei Jahren Arbeit einer Kommission für Bürokratieabbau wieder abzubauen. Wahrscheinlich ist es besser, Sisyphus statt Herkules zu sagen.

Jetzt, nach einem Jahr, muss ich sagen, es war die beste Entscheidung, Ja zu dieser Kommission zu sagen. Es macht eine unglaubliche Freude, mit den Kommissionsmit-

gliedern zusammenzuarbeiten und gemeinsam Ideen zu entwickeln, wie wir Bayern schlanker, moderner und digitaler, wie wir Bayern einfach besser machen können. Deshalb sage ich voller Anerkennung und Wertschätzung ein herzliches Vergelts Gott.

Vielen herzlichen Dank allen Mitgliedern der Enquete-Kommission, die sich neben ihrer Tätigkeit als Abgeordnete und neben ihrer Tätigkeit in den Stimmkreisen und in den Ausschüssen in der Enquete-Kommission mit ganz viel Herzblut, Leidenschaft und Engagement einbringen. Deshalb vielen Dank – viele wissen vielleicht gar nicht, wer alles dabei ist – an Alexander Dietrich von der CSU-Fraktion, an Peter Tomaschko, an Sebastian Friesinger, an meinen Stellvertreter Markus Saller, an Stefan Frühbeißer, an Franz Bergmüller, an Johannes Becher und an Katja Weitzel. Das sind die ordentlichen Mitglieder der Enquete-Kommission. Ich sage: Das ist eine ganz tolle, eine kollegiale, eine freundschaftliche Zusammenarbeit. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Das gilt auch für die Stellvertreter – ich nenne sie jetzt nicht alle –, die einspringen und sich bei uns – das wird bei euch nicht anders sein – bei der Entwicklung der Handlungsempfehlungen einbringen. Deshalb auch vielen herzlichen Dank an die Stellvertreter. Auch für sie könnt ihr klatschen.

(Allgemeiner Beifall)

Namentlich erwähnen möchte ich aber die externen Experten, weil sie wirklich eine unglaubliche Bereicherung für uns in der Kommission darstellen. Die Kommission besteht aus den Abgeordneten, aber dann noch aus sieben externen Experten aus ganz verschiedenen Bereichen aus dem praktischen Leben, aus der Wissenschaft. Deshalb vielen Dank.

Zwei sitzen hier oben. Herzlichen Dank, lieber Prof. Wollenschläger von der Universität Augsburg, der uns als Staatsrechtler wichtige Impulse gibt. Vielen herzlichen Dank, lieber Dr. Ernst Böhm. Er ist erfolgreicher Unternehmer, unglaublich erfahren im

Bereich Bauen. Die "Süddeutsche Zeitung" hat neulich einen großen Artikel darüber geschrieben, wie er seine Vorschläge einbringt, wie man besser und einfacher bauen kann. Deshalb vielen herzlichen Dank an euch beide für eure Arbeit, aber auch an Dr. Hubert Faltermeier, an Hubert Steffl, an Dr. Hanna Sammüller, an Prof. Frank Arloth und an Gerhard Eck. Das sind die sieben Experten, die uns bereichern und die, obwohl es vielleicht gar nicht mehr ihre Fachbereiche sind, trotzdem ihre Expertise immer miteinbringen. Deshalb vielen Dank für euer großartiges Engagement und euren Einsatz!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD, der GRÜNEN und der SPD)

Es ist wirklich so: Uns eint das gemeinsame Interesse, Bayern voranzubringen, nicht mit Gejammer, sondern zukunftsorientiert. Nur damit man das Pensem sieht: Wir hatten bis jetzt 19 Sitzungen der Enquete-Kommission, insgesamt 65 Stunden, nur die reinen Sitzungen ohne die Vorbereitungssitzungen. Es gab dann noch fünf Redaktionssitzungen, wo wir die Handlungsempfehlungen gemeinsam durchgegangen sind. Die kommen noch dazu. Wir haben 39 Experten angehört. Übrigens gibt es 800 Seiten Protokoll. Das ist unfassbar. Da sieht man, wie arbeitsintensiv unsere gemeinsame Arbeit war, weil man sich auf die Sitzungen noch mal vorbereiten muss.

Und was kam heraus? – 82 Handlungsempfehlungen in 5 Themenfeldern bis jetzt. Wir haben insgesamt 13 Themenfelder. 5 konnten wir bis jetzt bereits durcharbeiten. Das waren die Themenfelder Wohnen, Bauen und Verkehr, Digitalisierung, Daten, Künstliche Intelligenz/neue Technologien, das war das Thema Pflege. Das Thema Gesundheit kommt jetzt noch. Das war das Thema Ehrenamt, das ganz wichtig für Bayern ist. Das war das Thema Bürokratieabbau gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und das Megathema Bürokratieabbau in der Landwirtschaft und Bürokratieabbau im ganzen Bereich der Wirtschaft. Wir haben noch mal so viele Handlungsempfehlungen vor uns. Wir sind gute Dinge, dass wir mindestens 200, lieber Johannes, Katja,

(Johannes Becher (GRÜNE): Schaffen wir!)

bis 250 Handlungsempfehlungen dann vorlegen können.

Die Frage ist aber: Was kommt dann am Ende tatsächlich heraus? Ich werde ganz oft gefragt: Steffen, du bist jetzt in der Bürokratieabbaukommission der Vorsitzende. Was habt ihr denn bisher bewegt? – Wir selbst bewegen gar nichts, sondern wir geben nur Impulse. Das Gremium, das Maßnahmen beschließen muss, ist das bayerische Parlament, der Bayerische Landtag. Deshalb kann ich die Fraktionen nur parteiübergreifend auffordern, dass wir jetzt für alle Handlungsempfehlungen, die wir entwickeln, nicht nur bei diesen Empfehlungen bleiben, sondern konkrete Vorschläge, konkrete Gesetzesinitiativen erarbeiten, wie wir unser Land schlanker, moderner, digitaler und einfach besser machen können. Das muss unser gemeinsamer Auftrag, unser gemeinsames Ziel sein.

Es ist klar, dass sich jetzt manches herauskristallisiert. Was ist der Kern dessen, was wir bisher über alle Politikfelder hinweg feststellen konnten? – Wir brauchen mehr Vertrauen und mehr Mut. Wir brauchen Mut zur Vereinfachung, für einfache Nachweise, zum Beispiel Verwendungsnachweise. Wir brauchen Mut für Bagatellgrenzen. Rentieren sich denn Kleinstförderungen? Evaluieren wir, was uns der Aufwand kostet für Kleinstförderprogramme und was dann tatsächlich beim Bürger ankommt! Wir brauchen mehr Pauschalierungen und weniger Einzelfallgerechtigkeit.

Wir brauchen auch ein anderes Mindset, mehr Vertrauen. Was soll das heißen? Welches Bild haben wir als Staat und staatliche Behörden von unseren Bürgerinnen und Bürgern? Sehen wir den Gastronomen grundsätzlich als Vergifter seiner Gäste? Sehen wir den Handwerker generell als Steuerhinterzieher? Sehen wir den Landwirt als jemanden, der früh aufsteht, in den Stall geht und Tiere quält, mittags auf dem Acker zu viel Dünger ausbringt und damit die Brunnen vergiftet und abends an den Computer geht und Subventionen zu erschleichen versucht? Ist das das Bild, was wir haben? Sollten wir nicht davon ausgehen: Wenn jemand eine tolle Ausbildung hat und

bisher vollkommen unauffällig war – warum brauche ich dann diese Überkontrolle? Ich finde – da sind wir uns in der Kommission einig –, wir brauchen eine anlassbezogene, stichprobenartige Überprüfung, keine Totalüberwachung durch den Staat. Nur so können wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜ-NEN)

Der Staat muss dem Bürger mehr vertrauen, aber auch der Bürger muss dem Staat mehr vertrauen.

Thema Datenschutz: Gehe ich als Bürger, wenn ich die Daten dem Staat gebe, davon aus, dass jeder Beamte unzulässigerweise auf meine Daten zurückgreift? Deswegen müssen wir in Deutschland, in Bayern ein Bewusstsein dafür haben, dem Staat zu vertrauen, dass mit den Daten sorgsam umgegangen wird. Wir waren in Dänemark, wir kennen Länder wie Österreich. Die haben denselben europäischen Rechtsrahmen, denselben Datenschutz – Datenschutz-Grundverordnung. Die haben eine ganz andere Handhabung. Dort gibt man die Daten dem Staat einmal. Alle staatlichen Behörden können darauf zugreifen. Der Bürger kann kontrollieren, wer zugreift und aus welchem Anlass. Wenn jemand nicht anlassbezogen zugreift und keine Berechtigung hat, dann gibt es eine richtige Sanktion. Nur so geht es. Wir brauchen einen Datenschutz mit Vernunft, keine Überregulierung im Datenschutz.

Deshalb ist die Frage: Was brauchen wir noch? – Das eine sind die Handlungsempfehlungen. Ich gehe jetzt nicht auf jede Handlungsempfehlung einzeln ein. Vor uns liegt aber noch ein großer Berg Arbeit.

Erstens, die Frage des Förderdschungels. Wir haben zum Beispiel derzeit fünf Förderprogramme für Streuobstwiesen. Vollkommener Wahnsinn! Wir haben 400 Förderprogramme, und keiner weiß so genau, wofür. Das heißt, ein großer Handlungspunkt wird sein, Förderprogramme zu entschlacken und mehr Transparenz zu schaffen.

Das Zweite ist die Frage des Staatsaufbaus, die Staatsorganisation. Brauchen wir eine Verwaltungsreform?

Das Dritte liegt mir ganz besonders am Herzen. Ich glaube, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in staatlichen Behörden mehr können und wir mehr herausholen können, wenn wir mehr Verantwortung zulassen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den staatlichen Verwaltungen. Wir brauchen weniger Juristen, wir brauchen mehr Quereinstieg. Wir brauchen ein anderes Mindset in der Ausbildung. Wir bilden derzeit zu Risikovermeidern aus. Wir müssen ausbilden zu Erfolgssuchern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNNEN und der SPD)

Jeder Mitarbeiter in staatlichen Verwaltungen sollte verliebt sein in das Gelingen, verliebt sein in das Genehmigen und verliebt darin sein, Mut zu machen. Das muss Schlagwort unserer staatlichen Behörden sein. Daran wollen wir arbeiten. Deshalb freue ich mich auf das weitere Jahr, das vor uns liegt. Wir werden mit ganzer Leidenschaft, mit ganzem Engagement rangehen.

Ich bedanke mich noch mal ganz herzlich bei allen Mitgliedern der Kommission, bei den externen Sachverständigen, bei Frau Forstner vom Landtagsamt, die uns wunderbar begleitet.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unseren Fraktionen, die unsere Arbeit begleiten, uns raten und letztlich unsere Handlungsempfehlungen umsetzen. Letztlich sind wir ein großes Team.

Lasst uns diesen gemeinsamen Geist, Bayern schlanker, gemeinsam moderner und digitaler zu machen, weitertragen. Das ist kein Thema für Kampf zwischen den Fraktionen, sondern es muss unser gemeinsames Interesse sein, damit der Staat und wir als Freistaat Bayern beim Bürger Akzeptanz zurückgewinnen. In diesem Sinne vielen

Dank für die freundschaftliche Zusammenarbeit. Ich freue mich auf alles, was vor uns liegt. Herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Peter Tomaschko für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hohes Haus! Gleich vorneweg: Ein riesengroßes Dankeschön und Vergelts Gott an unseren Vorsitzenden Steffen Vogel, der das wirklich ganz hervorragend macht und es schafft, dass wir hier parteiübergreifend sehr gut nur an der Sache orientiert zusammenarbeiten. Herzlichen Dank, lieber Steffen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD, der GRÜNEN und der SPD)

Unsere Enquete-Kommission hat den Auftrag, das Leben der Menschen einfacher zu machen, unnötige Hürden abzubauen und vor allem unseren Staat zukunftsfest zu gestalten. Es geht dabei um nichts weniger als das Ziel, Bayern bis 2030 schlank, modern und digital aufzustellen. Ich möchte den Blick vor allem auf eine moderne Verwaltung richten. Gesetze sind das eine, aber es gibt auch viele Möglichkeiten im Verwaltungsvollzug, das Leben der Menschen einfacher zu machen. Wir haben in unseren Handlungsempfehlungen konkrete Empfehlungen vorgelegt, wo für die Menschen Bürokratieabbau einfach spürbar ist. Verwaltung muss Dienstleister sein: unkompliziert, effizient und bürgernah.

Wir brauchen eine echte Serviceoffensive in der Verwaltung. Wir brauchen einheitliche Standards zu Erreichbarkeit, Bearbeitungsdauer und zu Terminvereinbarungen. Wir brauchen geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgerkontakt, die Ser-

vicefreundlichkeit leben. Vor allem brauchen wir für den Bürger ausschließlich einen Ansprechpartner, ein sogenanntes One-Stop-Government, sodass der Bürger eben nur zu einer Stelle gehen muss und danach die Transparenz gestärkt wird. Digitale Verfahren sollen Eingangsnachrichten und automatische Informationen zum Bearbeitungsstand liefern, sodass jeder Bürger jederzeit weiß, wo der Antrag liegt, wie der Bearbeitungsstand ist und was eben mit seinem Anliegen passiert.

Digitalisierung ist dabei ein Schlüssel. Es geht darum, dass wir ein benutzerfreundliches Portal aufbauen, eine App, mit der der Bürger sowohl zur Gemeinde als auch zum Landkreis und zum Freistaat kommt, wo er alle Zugänge hat und alle Verwaltungsleistungen gebündelt sind, und das alles natürlich in klarer und verständlicher Sprache.

Aktuell gibt es noch viele Hindernisse. Der Bürger muss oftmals seine Nachweise einzeln bei ganz unterschiedlichen Stellen einbringen. Das nervt, und es ist natürlich eine Zeitverschwendug. Wir brauchen hier einen Kulturwandel. Wir müssen es hinbekommen, dass alle Stellen zusammenarbeiten, alle Behörden zusammenarbeiten und der Bürger eben die Verwaltung – egal an welcher Stelle – als Partner begreift. Behörden müssen auch besser erreichbar sein. Warum nicht am Samstag? Warum nicht am Abend? Warum nicht die Digitalisierung und sogenannte digitale Chatbots nutzen, die rund um die Uhr Auskunft geben? Das ist einfach der Appell an die Benutzerfreundlichkeit, wo Bund, Land und Kommunen zusammenarbeiten müssen mit einer App, wo alle Verwaltungsleistungen des Freistaates, der Landkreise und der Gemeinden gebündelt sind; wir haben uns das in anderen Ländern bereits angesehen.

Digitalisierung ist für uns eine Riesenchance. Wir müssen aber auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Freistaat in den Behörden mitnehmen. Generell wollen wir einen Schwerpunkt, einen Fokus bei der Ausbildung der Mitarbeiter setzen. Es geht nicht nach dem Prinzip, wie ich es einmal gelernt habe, als Erstes zu prüfen, ob man örtlich und sachlich zuständig ist. Es geht nicht um die Zuständigkeit, sondern es geht

darum, wie man dem Bürger helfen, wie man dem Bürger etwas ermöglichen kann; dies ist der erste Grundsatz.

Wir haben hier konkrete Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Wir müssen jetzt im nächsten Schritt mit Kommunen, dem Freistaat und den unterschiedlichen Behörden das Ziel umsetzen, Verwaltung moderner, digitaler und serviceorientierter zu gestalten. Das darf keine Floskel sein, sondern es muss eben für den Bürger spürbare Realität im Alltag sein. Ziehen wir gemeinsam an einem Strang! – Noch einmal herzlichen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigen Sie, dass ich heute nicht so deutlich sprechen kann, aber ich bin brutal schlecht beieinander. Aber das Thema ist wichtig, und ich will mich beim Steffen Vogel für seine – ich würde fast sagen – pathetischen Worte über die Zusammenarbeit bedanken. Das kann ich nur unterstreichen. Es ist für mich und unseren Sachverständigen durchaus ein Genuss, in dieser Atmosphäre zu arbeiten; das muss ich wirklich sagen.

Am 05.10.2025 hat der allseits bekannte Carsten Linnemann in "Berlin direkt" gesagt, Unternehmen würden in der Bürokratie erstickten. Der Städtetag hat zum Bauvereinfachungsgesetz, das jetzt vom Bundesbauministerium auf den Weg gebracht worden ist, gesagt: Da brauchen wir mehr Personal. – Das ist das Verwaltungsdenken, das wir ausmerzen müssen. Es muss ein Ruck durchs Land gehen. Wir müssen anpacken, und alle Vereinfachungen müssen konsequent umgesetzt werden. Wir haben auch

gesagt, die Bayerische Verwaltungsschule muss hier auch entsprechend anders auf die Ausbildung einwirken, damit es mehr Praxisbezug und mehr Dienstleistungsbereitschaft gibt.

Manchmal ist mir die Entbürokratisierungskommission natürlich schon zu theoretisch und hat zu wenig Praxisbezug; da bitte ich um Verständnis. Ich bin immerhin 42 Jahre selbstständiger Unternehmer und bin es eigentlich so gewohnt. Ich kriege das nie raus. Ich war zig Jahre in der IHK-Vollversammlung, in allen Wirtschaftsorganisationen usw.

Das Problem ist: Es gibt immer noch das Gefühl, dass nichts ankommt. Alle bisherigen Entbürokratisierungsbemühungen sind im Endeffekt so verlaufen, dass es das Gefühl gibt – vielleicht ist es auch wirklich so –, dass es immer mehr Bürokratie gibt. Warum ist das so? – Weil die Leute, die die Bürokratie abschaffen oder anders leben sollen, ja ihren eigenen Posten weggrattonalisieren würden, wenn man ganz konsequent denkt. So weit müssen wir aber kommen. Wir müssen unseren ausufernden Beamtenstaat zurückschneiden.

Bürokratie ist wie eine Krake, die Verwaltung, Gesellschaft und Firmen fest umschlossen hat. Es reicht nicht, nur Tentakel abzuschlagen. Wir müssen einen richtigen Kahlenschlag setzen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn man auf der ganzen Welt schaut, dann ist natürlich das Beispiel einschlägig, das der Wissenschaftler Philipp Bagus in der Sachverständigendiskussion dargestellt hat, wonach es durchaus möglich ist, zahlreiche Rechtsnormen einzuschränken und abzuschaffen. Er hat das Beispiel Argentinien gebracht. Mittlerweile gibt es in der Wirtschaftsliteratur einen interessanten Verweis auf Vietnam. Das ist eigentlich ein kommunistischer Staat gewesen, aber man sieht: Die Chinesen haben ja auch die Entwicklung hin zum Kapitalismus vollzogen, aber die Vietnamesen haben ein riesiges Wirtschaftswachstum, weil sie eben viele Fesseln abgelegt haben. Dahin müssen wir.

Betriebe bezeichnen zu 85 % Bürokratie als größtes Hemmnis. Aber die Bürger, die Firmen und auch die Kommunen nehmen das anders wahr.

Auch die Verordnungen oder die angeblichen Verlagerungen, wie die Stellplatzsatzung usw., die zuletzt im Modernisierungsgesetz auf die Kommunen verlagert worden sind, sind keine Entbürokratisierung. Das ist eine Verlagerung. Das ist falsch. Wir müssen von oben richtig durchgreifen und hier einiges verändern. Im Grunde genommen muss man auch sagen: Ihr alle hier drin wart jahrelang an der Regierung.

(Johannes Becher (GRÜNE): Manche sind es noch!)

Wir hatten schon zig Entbürokratisierungskommissionen. – Lieber Johannes, wir waren nicht an der Regierung.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wir in Bayern auch nicht!)

– Ihr wart an der Bundesregierung beteiligt; in Bayern nicht, das ist schon klar. Das wird auch noch eine Zeit dauern, oder kommt es überhaupt? Das ist eine andere Frage.

(Unruhe bei der AfD)

Grundsätzlich müssen sich auch einmal die Parteien, die in der Regierung waren, selbst an die Nase fassen und sagen: Wir müssen das jetzt einmal endgültig beseitigen und dieser Krake den Kopf abschlagen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Bevor wir nun zum nächsten Redner kommen, darf ich noch Dr. Hubert Faltermeier begrüßen, der vorher noch nicht anwesend war.

Als Nächstes gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Gewählt ist, wer

mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 154 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf den Abgeordneten Harald Meußgeier entfielen 29 Ja-Stimmen und 124 Nein-Stimmen. Ein Abgeordneter hat sich seiner Stimme enthalten. Damit hat der Abgeordnete Harald Meußgeier nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen auch hier nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf den Abgeordneten Dieter Arnold entfielen 29 Ja-Stimmen und 120 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Dieter Arnold nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Auch der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Als nächstem Redner erteile ich nun dem Kollegen Markus Saller für die FREIE WÄHLER das Wort. – Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Worten meiner Vorrredner Steffen Vogel und Peter Tomaschko weitgehend anschließen. Ich werde nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Es war alles richtig, und es war alles gut. Die Zusammenarbeit in der Kommission läuft wirklich gut.

Wir alle sind der Meinung, dass Bürokratie an sich nichts Schlechtes ist; denn die Bürokratie setzt den Rechtsrahmen. Sie ist der Rahmen für einen funktionierenden Staat. Max Weber – wir sind hier in der Nähe vom Max-Weber-Platz – erwähne ich als herausragendes Beispiel. Die Bürokratie neigt aber dazu, sich selbst zu vermehren.

Das macht sie am Ende problematisch. Es gibt am Ende so viele Verflechtungen und so viele Dinge, die geregelt werden. Grundsätzlich soll ein Gesetz jedoch etwas Allgemeines sein. Wir kommen jedoch immer mehr dazu, dass wir irgendwelche Probleme oder Krisen durch neue Vorschriften in den Griff bekommen wollen, die fast schon den Charakter von Einzelfallgesetzen haben. Genau das muss man verhindern.

Wir haben das in der Kommission erkannt. Ich muss in diesem Zusammenhang Walter Nussel hervorheben, der als entsprechender Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung agiert. Wir müssen, wenn wir Gesetze und Vorschriften erlassen, uns konkret überlegen, ob sie in der Praxis handhabbar und darstellbar sind und welche Kosten sie auslösen. Ich nenne als Stichwort den Praxischeck. Der Praxischeck ist ein unheimlich wichtiges Instrument. Ich denke, das sind Sachen, die wir in dieser Kommission gelernt haben.

Am meisten verblüfft mich aber, dass wir im Land eine Verhinderungskultur entwickelt haben. Vorher ist ja das Thema Vertrauen ganz weit nach vorne gesetzt worden; aber wir haben im Land manchmal so eine Verhinderungskultur. Ich nenne nur ein Beispiel: Wenn heute jemand etwas bauen möchte, sollten eigentlich alle Beteiligten zustimmen und sagen: "Wow, da ist einer, der was bauen will. Jetzt müssen wir mal schauen, wie wir das miteinander hinkriegen." So ist es aber leider nicht bei uns. Bei uns ist das keine Ermöglichungskultur, sondern eher eine Verhinderungskultur. Alle suchen das Haar in der Suppe und das Problem; man arbeitet aber eigentlich nicht miteinander an einer vernünftigen Lösung.

Das ist vielleicht etwas, was die juristische Ausbildung mit sich bringt. Wir haben viele Juristen unter uns – ich bin selber einer. Sie arbeiten auch in der Verwaltung. Viele Verwaltungsbeamte sind wie Juristen geschult. Wir sind exzellent darin, Probleme zu erkennen und Probleme zu diskutieren; wir sind aber nicht unbedingt so gut im Lösen dieser Probleme. Ich glaube, dorthin müssen wir. Dazu gehören auch Mut und Kreativität. Es ist wichtig, dass der Rahmen dafür nicht zu eng ist, sondern dass auch Spielraum offengelassen wird.

Ich finde den Titel der Kommission wichtig. Wir haben ihn verkürzt, indem wir sagen, dass wir Bürokratieabbau machen; aber wenn man den Titel liest, stellt man fest: Es geht darum, das Leben leichter zu machen. Die Bürokratie soll dem Menschen dienen. Sie soll keine Freiheiten beschneiden, sondern das Leben leichter machen. Wir haben in der Vergangenheit das Rad überdreht. Das müssen wir jetzt zurückdrehen.

Wir tagen auch nicht öffentlich. Wir sollen auch den Staat neu denken. Ja, auch solche Dinge muss man ab und zu in die Diskussion werfen. Ist die Verwaltungsstruktur in dem Fall richtig? Haben wir mit der Nachkontrolle der Verwaltung das richtige System? – Alle diese Themen können wir in der Kommission ansprechen, und das wird auch gemacht.

Ich bin wirklich dankbar dafür, dass wir fraktionsübergreifend vertrauensvoll daran zusammenarbeiten können. Das ist ein gutes Beispiel dafür, das zeigt, wenn man sich zusammenraufen möchte, dann funktioniert die Sache auch.

Meine Damen und Herren, letztendlich darf Bürokratie kein Selbstzweck sein. Bürokratie muss den Bürgerinnen und Bürgern dienen. Wenn Sie mich fragen, woran wir den Bürokratieabbau letztendlich messen können, dann nenne ich – der Kollege Franz Bergmüller hat das ja gerade auch ein bisschen angeschnitten – auch die Staatsquote. Wenn wir eine Staatsquote von mehr als 50 % haben, dann heißt das, dass jeder zweite Job mittelbar oder unmittelbar vom Staat abhängt. Wir brauchen einen schlanken Staat.

Wenn wir Krisen bewältigen müssen, dann neigen wir dazu, drei verschiedene Instrumentarien zu bemühen. Entweder sagen wir: "Wir brauchen eine neue Vorschrift", oder wir sagen: "Wir brauchen mehr Personal", oder wir sagen: "Wir brauchen mehr Geld". Mit diesen Instrumenten glauben wir jede Krise bewältigen zu können. Damit allein wird es aber nicht gehen. Wenn wir am Ende des Tages zum Bürokratieabbau kommen, werden wir das daran ablesen können, ob wir die Staatsquote senken können.

Man muss sagen: Bürokratieabbau ist dringender notwendig denn je; denn die Wirtschaft ächzt unter der Bürokratie. Ich habe selber lange genug für Handwerksunternehmen gearbeitet. Wir müssen schauen, dass die Leute ihre Professionen ausüben können und sich nicht von irgendwelchen Formularen oder anderen Sachen drangsaliert fühlen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Die Kommission ist mutig gegründet worden. Mir ging es am Anfang genauso wie Steffen Vogel. Wir haben am Anfang gedacht: "Um Gottes Willen, was tun wir uns da eigentlich an?". Fünfzig Jahre lang hat man versucht zu entbürokratisieren. Fünfzig Jahre lang ist eigentlich nichts rausgekommen. Wir haben aber einen entscheidenden Hebel. Wir müssen nämlich alle Bereiche digitalisieren. Der Digitalisierungsdruck ist mittlerweile so groß, dass die Entbürokratisierung mit ihr gelingen kann und gelingen muss.

– Meine Damen und Herren, vielen Dank.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege – Der nächste Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Jahr nach dem Einsetzen der Enquete-Kommission haben wir nun den Zwischenbericht. Wir sehen Bereicherung und Ernüchterung. Bereicherung haben wir, weil jede Sitzung spannend ist und geprägt ist von einer hohen Bereitschaft, vom Zuhören, vom gemeinsamen Denken, vom Überlegen und vom Aufeinander-Zugehen. Im Ausschuss will man eine Mehrheit; in der Enquete-Kommission will man eine Lösung. Das ist der Geist. Daher mein herzlicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen, an den Vorsitzenden Steffen Vogel, aber auch an alle Gäste, die uns Praxisbeispiele geliefert haben. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung alle miteinander!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der SPD)

82 Empfehlungen haben wir ausgesprochen. Die meisten von ihnen wurden einstimmig ausgesprochen – nicht alle, aber die meisten von ihnen schon. Wie viele von ihnen wurden umgesetzt? – Fast keine. Ernüchterung macht sich breit. Spüren denn die Menschen jetzt schon eine Besserung, seitdem es die Enquete-Kommission gibt? Ist es jetzt unbürokratischer als vor einem Jahr? – Nicht wirklich. Die Staatsregierung greift teilweise Empfehlungen auf, wie etwa beim Verzicht auf Verwendungsnachweise bei kleinen Förderungen. Sie gibt aber ein diffuses Bild ab. Ich kann mich daran erinnern: Markus Söder wollte bayerische Statistiken im Wirtschaftsbereich abschaffen. In der Enquete-Kommission haben wir dann festgestellt, dass es keine einzige gibt.

Dann gab es die Idee, dass, wenn ein neues Gesetz geschaffen wird, zwei Gesetze abgeschafft werden müssen. Das ist aus meiner Sicht völliger Käse. Gesetze zu zählen bringt nichts. Das war nur ein wirkungsloser Überschriftensprech.

Dann haben wir aktuell die Situation der Kinderstartgeldeinführung. Es drohen uns 100.000 neue Anträge pro Jahr. Das, was beim Familiengeld bisher ohne eigenen Antrag automatisch ging, wird jetzt neu mit einem Antrag gemacht, also antragspflichtig, damit die Menschen erkennen, dass es sich um eine bayerische Leistung handelt. Damit drohen uns jährlich 100.000 neue Anträge. Das ist das Gegenteil von Entbürokratisierung!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Enquete-Kommission hat eine Reise nach Dänemark durchgeführt. Man denkt: Dänemark ist ein Nachbarland, aber das ist eine andere Welt. Dort ist alles digital, transparent, total serviceorientiert. Die Dänen haben hohes Vertrauen in den Staat – und der Staat hat hohes Vertrauen in die Menschen. Das ist geradezu das Gegenteil von dem, wie es bei uns ist.

Vertrauen gewinnt man durch Service, mit Freundlichkeit, verständlicher Sprache, mit einem ganz einfachen digitalen Angebot, das so gut ist, dass es jeder annehmen will. Keep it simple. Vertrauen gewinnt man durch Transparenz. Transparenz wird durch

öffentliche Daten geschaffen. Unser Staat weiß alles. Oft tut er aber so, als wisse er gar nichts, und bezeichnet das dann als "Datenschutz". Das geht nicht. Das, was woanders mit dem Datenschutz geht, das muss auch bei uns gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Menschen brauchen mehr Vertrauen vom Staat, weniger Dokumentation, weniger Verwendungsnachweis. Trotzdem gilt der Grundsatz: Vertraue, aber prüfe – nicht alles und jeden, aber eben Stichproben. Wenn das passt, dann gibt es mehr Freiraum, wenn es aber nicht passt, dann wird es richtig teuer. Der Anständige muss entlastet werden, und der Betrüger muss zahlen. Das ist nicht nur eine Frage der Entbürokratisierung, sondern eine Frage der Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie schaffen wir jetzt das? Wie geht das? – Der Schlüssel ist Digitalisierung –, das haben wir in Dänemark gesehen –, eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen, bei der Standards definiert sind, Schnittstellen definiert sind, und dann müssen alle mitmachen, alle Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Rentenversicherung und die Arbeitsagentur. Wir sind Meister der IT-Insellösung, bei der alle die freie Entscheidung haben: Habe ich heute Lust auf eine einheitliche Behördenkommunikation? So wird das nichts. Bei der Digitalisierung gilt: entweder ganz oder gar nicht. Einmal beschließen, dann einen Standard haben und diesen sauber durchziehen. Das muss das Ziel sein, das macht Dänemark uns vor. Wenn wir es anders machen, werden wir scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zentrale Aufgabe für ein Digitalministerium wäre es eigentlich, sich um eine solche Strategie zu kümmern. Solange allerdings jeder Hausmeister in der Staatskanzlei

mehr Zuständigkeiten hat als unser Digitalministerium, wird es wahrscheinlich nichts werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern faxt, und Dänemark schafft die Post ab. Das sind die Realitäten im Jahr 2025. In Dänemark ist die Bürokratie dagegen so einfach wie Onlinebanking. Man loggt sich einmal ein und kann alles machen. Man hat eine Nummer für alles: Steuer, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Sozialversicherung. Man hat für alles eine Nummer, und das geht. Ich kann ein Grundstück kaufen, ohne dass ich zum Notar gehe. Das ist schlecht für Notare, aber in Dänemark funktioniert es. Die Steuererklärung erstellt der Staat automatisiert mit den Daten, die ohnehin vorhanden sind. Was für ein Service!

Jetzt kann man sagen: Ja gut, das ist Dänemark, das ist eine andere Kultur. – Wir müssen uns verändern. Das braucht Mut, beispielsweise Mut zur Fehlertoleranz. Das geht uns völlig ab. Mutig sein bedeutet, dass man bereit ist, ein Risiko einzugehen. Freiheit bedeutet, dass man bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Zudem brauchen wir den Schulterschluss zwischen Deutschland, Bayern und den Kommunen. Ich bin überzeugt, wir können es besser, wir können Digitalisierung besser umsetzen: digital, effizient, serviceorientiert, schnell und einfach. Wir müssen uns gewaltig anstrengen, Zeit aufzuholen, liebe Freundinnen und Freunde, weil wir leider meilenweit hinterher sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin für die SPD-Fraktion ist Frau Kollegin Katja Weitzel. Bitte, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dank gilt zunächst den Kolleginnen und Kollegen in der Enquete-Kommission, die geprägt ist von Sacharbeit ohne Parteipolitik. Als wir vor circa einem Jahr die Enquete-

Kommission eingesetzt haben, ahnten wir allein aufgrund der Größe des Fragenkatalogs, was für eine Aufgabe auf uns zukommt. Der Ruf nach Bürokratieabbau ist oft – und ich muss auch sagen: leider – eine populistische Forderung und in Bierzeltreden und Diskussionsrunden ganz laut präsent; aber Allheilmittel ist Bürokratieabbau nicht, und es ist nicht einfach, sondern höchst komplex. Ich habe für mich aus den vielen Sitzungen drei Dinge mitgenommen:

Erstens. Bürokratie ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Sie wurde vom Gesetzgeber eingeführt und besteht manchmal eben zu Recht. Ja, der Gesetzgeber übertreibt es manchmal mit den Anforderungen an die Wirtschaft, an die Landwirtschaft, an Bildungseinrichtungen oder an das Gesundheitswesen; aber so unterschiedlich diese Bereiche sind, so unterschiedlich sind eben die gesetzlichen Anforderungen. Entsprechend unterschiedlich sind die Erwartungen in der Bevölkerung an die Qualität von Regelungen und Richtlinien. Bei den Vorgaben im Gesundheitswesen sind die Anforderungen, die gestellt werden, wesentlich höher, als das vielleicht in der Wirtschaft der Fall ist, weil es um unser aller Gesundheit geht. Daher gilt es, die Regeln in jedem einzelnen Bereich nach dessen eigenen Anforderungen auf den Prüfstand zu stellen und zu entscheiden, welche gesetzliche Vorgabe sinnvoll ist und welche gestrichen werden kann; aber eine Rasenmähermethode in einer unglaublichen Geschwindigkeit, am besten noch mit der Kettensäge, führt zu gar nichts. Wenn wir das machen, dann wachen wir morgen nicht mehr in einem Rechtsstaat auf, sondern es gilt das Recht des Stärkeren. Ich glaube nicht, dass wir das wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Bürokratie ist nicht immer schlecht. Die Vorredner haben es schon ausgeführt. Sie sorgt für Rechtssicherheit, sie sorgt für Transparenz von Verwaltungsentcheidungen und damit auch für Akzeptanz in der Bevölkerung. Gerade das Berichtswesen und die Dokumentationspflicht, die oft bejammert werden, dienen auch der Eigenkontrolle und damit dem Eigenschutz.

Manchmal stelle ich fest, Bürokratie wird gerne als Monster dargestellt und für alle aktuellen Probleme verantwortlich gemacht. Ich finde das blauäugig und viel zu kurz gegriffen. Die Menschen haben zu Recht den Eindruck, der Staat sei nicht mehr richtig funktionsfähig: Die Bahn kommt zu spät, der Bus fährt überhaupt nicht, Schulgebäude befinden sich in einem bedauernswerten Zustand, Baumaßnahmen dauern viel zu lang. Das hat jedoch nicht immer und ausschließlich mit der Bürokratie zu tun. Häufig liegt es daran, dass über Jahrzehnte die schwarze Null vor sich hergetragen wurde und vor allen Dingen die Kommunen, die vieles umsetzen müssen, kaputtgespart wurden. Bei den Behörden ist Ähnliches passiert. Die Kapazitäten, um schneller zu arbeiten, sind nicht mehr da. Das hat mit Bürokratie nichts zu tun und gehört ebenfalls zur Wahrheit.

Einige identifizieren Bürgerrechte, Rechtswege und Beteiligungsrechte als die Wurzel allen Übels: Im Bauwesen dauert es viel zu lang, weil Bürgerentscheide gefasst werden müssen und vielleicht noch Gerichtsverfahren durchgeführt werden. Ja, Demokratie und Rechtsstaat sind anstrengend; aber sie sind ein hohes Gut. Ich möchte nur kurz ein paar Negativbeispiele nennen: die Abschaffung des Berichtswesens beim Gleichstellungsbericht oder beim Klimaschutzbericht. Dabei geht es auch darum, dass wir unsere eigenen Rechte beschränken, weil uns diese Berichte vorgelegt werden sollen. Wir sind der Gesetzgeber. Wir prüfen, welche Gesetze, die wir erlassen haben, sinnvoll sind und wo wir nachsteuern müssen. Wenn wir das Berichtswesen abschaffen, verändern wir das zu unseren eigenen Lasten. Über alle Dinge, die wir tun, müssen wir nachdenken.

Mein dritter Punkt ist schon angesprochen worden: die Digitalisierung. Ich frage immer alle Sachverständigen, ob ihnen nicht schon ordentlich geholfen wäre, wenn wir eine gescheite Digitalisierung hinbekommen. Dabei geht es oft nicht nur um die Anwendung von Digitalem, sondern um die Schnittstellen zwischen den Einrichtungen und der Verwaltung und der Verwaltungen untereinander.

Zum Abschluss zitiere ich die österreichischen Kollegen, die wir eingeladen hatten, die sagten, eine Plattform zu bauen, habe rund dreißig Jahre gedauert. Bei dem jetzt vierten Modernisierungsgesetz sehe ich noch nirgendwo, dass sich bei der Digitalisierung irgendetwas tut oder irgendetwas verbessert hat; aber es braucht Zeit. Vielleicht braucht die Staatsregierung noch ein bisschen Zeit, die wir leider nicht haben. Wir werden das weiterverfolgen und unseres dazu tun, Dinge auf den Weg zu bringen, die wir möglichst schnell umsetzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Dr. Alexander Dietrich. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank meiner Vorrednerinnen und Vorredner möchte ich mich anschließen. Wir haben wirklich eine hervorragende Zusammenarbeit in der Enquete-Kommission, und ich glaube, eines zieht sich wie ein roter Faden durch alle Handlungsfelder, die wir besprochen haben, und auch durch die heutige Debatte: Der Schlüssel für einen modernen, effizienten Staat, der liegt nicht in Berichten, sondern in einer vernünftigen, zielgerichteten Digitalisierung und in der Nutzung neuer Technologien.

(Beifall bei der CSU)

Ohne eine vernünftige Digitalisierung, ohne den Mut und ohne diese Haltung, neue Technologien wie die KI einzusetzen, geht es schlicht nicht mehr. Das haben wir, glaube ich, in Dänemark eindrücklich vor Augen geführt bekommen. Das wurde heute hier schon angesprochen. Was haben wir als Erkenntnis mitgenommen? – Wir haben viele Details gesehen, auf die ich in der wenigen Zeit gar nicht eingehen möchte; aber eines habe ich für mich mitgenommen: Wenn wir es in Deutschland und in Bayern mit der Digitalisierung ernst meinen, dann brauchen wir ein echtes Umdenken in der Politik, aber auch in der Verwaltung. Wir brauchen einen wirklichen Kulturwandel. Wir

müssen die Digitalisierung in erster Linie als Chance begreifen und nicht als Risiko. Das ist die heutige Haltung, die wir haben.

Wir müssen Dinge ausprobieren, wir müssen Fehler zulassen, wir müssen aus diesen Fehlern lernen und uns dann anpassen. Dieses starre Festhalten an alten Abläufen, dieses ewige Prüfen, Testen, Nachjustieren, lähmt uns. Während wir noch am Konzeptpapier schreiben, hat sich die Welt draußen längst weitergedreht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen uns auch neu aufstellen und unseren Föderalismus in gewisser Weise neu definieren. Wir stellen immer wieder fest, dass Föderalismus so, wie wir ihn heute leben, mit der Digitalisierung nicht funktioniert. Wir brauchen verbindliche Vorgaben und einheitliche Standards für die Kommunen. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Organisationshoheit der Kommunen betrachten und im Rahmen der Verfassung als Staat Vorgaben machen. Es ist absurd, dass in Bayern jede Kommune und jedes Landratsamt eigene Softwarelösungen für dieselben Aufgaben einsetzt. Diese Vielfalt schadet mehr als zu nutzen. In Dänemark haben wir gesehen, wie es besser funktioniert: einheitliche Systeme, klare Strukturen, weniger Reibungsverluste.

Wir müssen auch mehr auf die Privatwirtschaft setzen. Als Staat tun wir in der Digitalisierung noch viel zu viel selbst. Wir bauen schließlich auch keine Polizeiautos selbst, sondern das machen BMW oder Audi. Bei der Software meinen wir als Staat immer, wir könnten das alles selbst. Das ist Unsinn und ein Irrweg. In Dänemark haben wir gesehen, welch tolle europäische IT-Unternehmen es gibt, die das können. Gemeinsam mit diesen müssen wir die Digitalisierung voranbringen.

Schließlich brauchen wir einen pragmatischen Datenschutz. Auch das ist schon angesprochen worden. Datenschutz darf nicht länger zum Bremsklotz für die Digitalisierung werden. Wir müssen hier alle Spielräume nutzen, die das Recht uns heute schon bietet. Davon gibt es viele. Unsere Datenschutzbehörden sollten diese Spielräume

ermöglichen und nicht einengen, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn eines muss auch im Datenschutz gelten – auch das ist schon angesprochen worden –: Vertrauen geht vor Kontrolle. Wenn jeder Entscheidung und Datenverarbeitung mit Misstrauen begegnet wird, schaffen wir eine Kultur der Angst, und diese ist der Tod jeder Innovation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen also einen echten Kulturwandel. Ich bin davon überzeugt, bis dahin ist es noch ein langer Weg. Aber wenn wir diesen gemeinsam, entschlossen, mutig, pragmatisch und mit gesundem Menschenverstand beschreiten, können wir unser Land wirklich voranbringen. Daran arbeiten wir in der Kommission mit großer Leidenschaft, und ich denke, das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.